

Bezugspreis:

Für den Monat Dezember 1922 M. ...

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Komposition...

Anzeigen für die nächste Nummer...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 15. Dezember 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Zur Ausländerfrage.

Krieg den Schiebern! — Friede den Arbeitern!

Man ist sich in Deutschland klar darüber, daß nur die- jenigen Ausländer herbeidürfen, die unserer Wirtschaft helfen...

Die Revolution hat auch in dem Rechtsverhältnis der ausländischen Arbeiter Wandel geschaffen.

Um so festsamer, unverständlicher berührt es daher, wenn jetzt von anderer Seite gerade gegen die ausländischen Arbeiter zu Felde gezogen wird.

Die Herren Regierungsräte berufen sich dabei auf die Stimmung der deutschen Arbeiter.

Und diese Folgen sind leicht vorauszu sehen. Es handelt sich um eine große Anzahl von Menschen, die in der deutschen Wirtschaft ihr Unterkommen gefunden haben.

In letzter Stunde warnen wir die Reichsarbeitsver- waltung auf diesem Wege fortzuschreiben.

getroffen werden soll. Wir sind der Meinung, daß genü- gend zu tun ist, wenn man das deutsche Volk vor Schäd- lingen, vor Wucherern und Schiebern schützen will.

Die deutsche Arbeiterschaft weiß, daß sie damit einer Politik dient, die weitsichtiger ist, als die von der Reichs-

arbeitsverwaltung vorgeschlagene. Zahlreiche deutsche Ar- beiter arbeiten schon heute wieder im Ausland.

Regierungsparteien gegen Regierung Die Einkommensteuer im Reichstag.

Die gestrige Debatte im Plenum des Reichstages über die Novelle zum Einkommensteuergesetz hat die erste offene parlamentarische Auseinandersetzung über die Steuerpolitik des neuen bürgerlichen Blocks im Reichstage gebracht.

Sie knüpfte an den Versuch der bürgerlichen Parteien an, eine weitgehende Ermäßigung der Einkommensteuer für das Jahr 1922 durchzuführen.

Auch Herr Herms sah sich gezwungen, gegen die bür- gerlichen Parteien Stellung zu nehmen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat es schärfer als die Regierung tun müssen. Und sie konnte es tun mit guten Gründen und unter Beziehung auf ein unwiderlegbares und sehr reichliches Tatsachenmaterial.

Dieser erste Vorstoß des bürgerlichen Blocks in der Steuerpolitik aber richtet sich nicht nur gegen die Arbeiter. Er geht vor allem auch gegen die Regierung.

Der Reichstag trat gestern in die zweite Lesung der Novelle zum Einkommensteuergesetz ein.

Abg. Herx (Soz.)

erstattet den Bericht des Steueraus schusses, über dessen Beschüsse wir bereits eingehend berichtet haben.

Ein Antrag der Sozialdemokratie will für 1923 einen höhe- ren Tarif für die höheren und höchsten Einkommen.

vierteljährlichen Vorauszahlungen dem Stand des Goldzollaufschlags, wie er am 15. Februar 1923 festgesetzt ist, anzupassen sind.

Ein Kompromißantrag des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei will für das Jahr 1922 die 10 Proz.- Grenze auf 400 000 M. erhöhen.

Abg. Helfferich (Dnat.) erklärt unter lebhaften Zwischenrufen der Linken, die Steuerpolitik laufe lediglich auf eine Kapitalis- zierung hin.

Abg. Rahmann (Soz.):

Der rasende Sturz der Mark hat eine zunehmende Ver- ebnung wertvollster Schichten des Volkes herbei- geführt. Diese vor weiterer Verelendung zu schützen, ist unsere Auf- gabe.

mit der 2000- oder 3000fach entwerteten Mark ihre Steuern zu zahlen. Ich glaube nicht, daß das angeordnete Gesetz, in dem für verspätete Steuereinzahlungen ein höherer Strafmaß vorgesehen ist, die Steuerfaulen auf die Strümpfe helfen wird.

Enlastungen nur für die Besthenden

und neue Lasten nur für die Besten gebracht haben. (Lebhaftes Ge- hehr wahr! links) Meine Fraktion glaubt, bei dem Einkommen- steuergesetz aus inneren und äußeren Gründen ein Entgegen- kommen über unseren Vorschlag hinaus abzulehnen zu müssen.

daß die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger heute die Träger der Reichsfinanzen sind. Demnach wird es so weit gekommen sein, daß 90 Proz. der Steuern von den Lohn- und Gehaltsempfängern und nur 10 Proz. von den Selbstverdienenden gezahlt werden. Ohne die arbeitenden Massen und deren Steuerleistung wären die Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden schon längst zusammengebrochen. (Sehr richtig! s. d. Soz.)

Die Vertreter der Länder und Gemeinden

haben uns vor einigen Tagen angelehnt, ihrer Not durch Änderung des Landessteuergesetzes abzuhelfen. Die Steuerzuweisungen sollen erhöht und die Umsatzsteuer von 2 auf 2½ Proz. heraufgesetzt werden. Die Gemeinden wollen sogar eine Erhöhung auf 3 Proz. In diesem Augenblick, wo mit dem gefährlichen Gedanken gespielt wird, die Umsatzsteuer zu erhöhen, finden die bürgerlichen Parteien ausgerechnet den Mut, an den Abbau der Einkommensteuer heranzugehen. Das Reichsfinanzministerium hat sich gegen diese Absicht ausgesprochen. Es war vornehmlich, daß die Regierung bei Vertretung ihrer Wünsche und Forderungen kaum jemals so verlassen gewesen ist, wie bei dieser Beratung, denn die Regierungsparteien standen abseits und nur die Sozialdemokraten fanden aus angebotener Freundschaft zur Regierung. (Heiterkeit.) Wenn die Anträge der bürgerlichen Parteien angenommen werden, würden die Steuererparnisse bei einer Million Einkommen 170 000 M., bei 2 Millionen 395 000 M., bei 3 Millionen 570 000 M., bei 5 Millionen 870 000 M. und bei 10 Millionen gar 1 045 000 M. betragen. Wie sehen uns veranlaßt zu beantragen: 1. die Erhöhung der Werbungskosten auf 162 000 M. pro Jahr, 2. die Verdoppelung der Abzüge für Ehemann und Ehefrau gegenüber den jetzigen Beschüssen, 3. die Einführung einer Klausel über die Zahlungen der Steuer, so daß sich die Zahlungen nach dem Goldzollanschlusse zu richten haben. Wir warnen Sie eindringlich vor dem Abbau der Einkommensteuer. Der Regierung rufen wir zu: ihr Wille, den Ländern und Gemeinden zu helfen, ist nicht von dem genügenden Ernste getragen, wenn diese Pläne der bürgerlichen Parteien Gesetz werden. Die deutsche Reichsregierung macht sich an dem Zusammenbruch der Länder und Gemeinden mitschuldig, wenn sie ihren Segen zu dieser volksfeindlichen Arbeit gibt. (Lebh. Beifall s. d. Soz.)

Abg. Höner (3.) begründet den Kompromißantrag der Regierungsparteien.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes:

Um die außergewöhnliche Geldentwertung zu berücksichtigen, hat die Regierung vorgeschlagen, den Tarif in mäßigem Umfang auseinanderzuziehen und insbesondere die Grenze für den Lohnabzug so zu setzen, daß in der Hauptsache die größte Menge der Lohnbesitzer für 1922 aus der Veranlagung herausfällt; weiter ist für 1923 eine Erhöhung der Abzüge für die Werbungskosten und den Familienstand vorgesehen und der Tarif entsprechend gestaltet worden. Der Ausschuh hat die Vorschläge der Regierung wesentlich geändert; man ging davon aus, daß der Grad der Geldentwertung eine weitere Auseinanderziehung des Tarifs und eine Erhöhung des Tarifs für 1923 erforderlich mache. Allerdings reichen die Änderungen, die von Zeit zu Zeit an dem ursprünglichen Einkommensteuertarif vorgenommen werden, niemals aus, einen wirklichen Ausgleich der Geldentwertung herbeizuführen, und diese zahlungsmäßigen Ermäßigungen sind

tatsächlich keine Herabsetzung der Steuerlast,

sondern sogar eine ständige Steigerung. (Sehr richtig!) Ich meine, daß angesichts unserer Finanzlage und besonders der schwierigen Lage von Ländern und Gemeinden, eine schmerzhafte Anpassung an die Geldentwertung überhaupt nicht das Ziel unserer Abänderungsgesetze sein kann; vielmehr gilt es nur, die unzweifelhafteste Ueberlastung zu beseitigen und ständig nachzuprüfen, welche Steuerlasten unter den wirtschaftlichen Verhältnissen noch irgendwie verantwortet werden kann. Gerade gegenwärtig ist darin eine besondere Zurückhaltung geboten, denn die Einkommensteuer fließt nur zum kleinen Teil in die Reichskasse und stellt zum großen Teil Mittel für Länder und Gemeinden zur Verfügung. Die Novelle zum Landessteuergesetz bemißt ja, wie große Bedeutung für Länder und Gemeinden der Anteil an der Einkommensteuer hat. Deshalb muß aus der Einkommensteuer herausgezogen werden, was wirtschaftlich nur irgendwie verantwortet werden kann. Eine unbedingte Notwendigkeit für die Abänderungen des Steuerauslasses ist nicht nachweisbar. (Hört, hört!) Für die nächste Zeit genügen die Vorschläge des Regierungsentwurfes, um eine Ueberlastung zu vermeiden, und es wäre richtig, nach Maßgabe der Geldentwertung und der wirtschaftlichen Verhältnisse zu gegebener Zeit eine Nachprüfung vorzunehmen. Man sollte deshalb bei dem Tarif zunächst die nächsten Monate abwarten, ehe man zu einer endgültigen Stellung-

nahme kommt. Der Kompromißantrag, der die Beschlüsse des Ausschusses nicht unwesentlich nach der Richtung der Regierungsvorschläge abändert, verhindert diese Bedenken etwas, räumt sie aber doch nicht völlig aus, und ich bitte deshalb, den Regierungsentwurf wiederherzustellen.

Abg. Herz (Soz.)

weist zunächst den persönlichen Angriff des Abg. Hefferich zurück und stellt fest, daß die Besitenden für Luxus zwar genug Geld haben, aber nicht für Steuern. So hat sich z. B. von 1920 auf 1921 die Zahl der Luxusautos um 20 000 vermehrt, während nach Mitteilungen des Berliner Kammerers 95 Proz. aller Steuern zwangsweise eingetrieben werden müßten. Die Stellung des Zentrums und die Ausführung seines Redners Höner stehen im Widerspruch zu den Steuerforderungen der christlichen Arbeiter. Die Demokraten haben den sechsfachen Vorsitzenden und den dreifachen Mitglied von Aufsichtsräten in den Steueranschlusseinstand, obwohl Herr Gelesen für seine Fraktion betont hat, sie werde für die Lohn- und Gehaltsempfänger eintreten. Die erste Erziehungsschicht der neuen bürgerlichen Regierung ist, daß die Regierungsparteien einen Antrag gegen die Regierungsvorlage eingebracht haben. Der Reichskanzler hat versprochen, daß bei der Anpassung der Steuergesetze an die Geldentwertung die Besitenden nicht begünstigt werden sollen. Das Gegenteil ist eingetroffen! Die Sozialdemokratie hat sich für die Durchführung der Lohnsteuer eingesetzt, mit ihrer Stimme ist sie damals angenommen worden. Aber wir müssen jetzt unsere Stellungnahme nachprüfen, wenn die Lohnempfänger die Steuerlast der Besitenden mittragen sollen. Wenn Sie unsere Anträge nicht annehmen, wird sich die üble Wirkung des Steuerabzuges nur noch verstärken.

Abg. Dr. Fischer (Dem.): Es ist nicht wahr, daß wir nur kapitalistische Interessen vertreten; unser Kompromißantrag schon gerade die mittleren Einkommen.

Nach einer kurzen Erwiderung des Abg. Herz (Soz.) wird die Aussprache geschlossen. Die Anträge der Kommunisten auf gänzliche Beseitigung der Lohnsteuer und Schaffung eines anderen Tarifes werden abgelehnt; ebenso der von den Sozialdemokraten beantragte Tarif für 1923. Es bleibt bei den Ausschuhbeschlüssen. Abgelehnt werden auch alle anderen Anträge zu den Bestimmungen des Tarifes für 1922. Gegen die sozialdemokratischen Stimmen wird der Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien angenommen. Der Rest findet in der Ausschuhfassung Annahme.

In zweiter und dritter Lesung wird dann die Änderung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht beschlossen.

Das Haus erledigt dann noch die Reichshaushaltsordnung und einige Nachtragssetz.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr. — Schluß gegen 7 Uhr.

Der Reichstag wird sich, vorausgesetzt, daß keine Zwischenfälle eintreten, am Sonnabend verlegen und am 10. Januar wieder zusammentreten.

Gewerkschaften und Wucherbekämpfung.

Zwischen den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und dem Leiter des Landespolizeiamts, Genossen Grelzinski, fand am Mittwoch eine Besprechung über die Bekämpfung des Wuchers statt. Insbesondere wurden die Möglichkeiten geprüft, die Verbraucherorganisationen zu dieser wichtigen Aufgabe heranzuziehen. Die Vertreter der Gewerkschaften stimmten dem Leiter des Landespolizeiamts darin zu, daß die Verbraucher in größerem Maße als bisher bei der Bekämpfung des Wuchers mitwirken müßten. Sie erklärten sich auch bereit, als Vertreter der Verbraucher mit den Wucherbehörden, insbesondere auch mit den Drispolizeibehörden, zusammenzuarbeiten und in diesem Sinne auf die Bevölkerung einzuwirken. Als erstes Ergebnis dieser Unterredung werden durch die Ortspartei der Gewerkschaften Meldestellen eingerichtet, bei denen Verbraucher, die sich bewuchert fühlen oder eine Ueberletzung von Vorschriften der Wirtschaftsregelung wahrnehmen, Anzeige erstatten können. Diese Anzeigen sollen von den Meldestellen nach eingehender Prüfung der Drispolizei zur weiteren Verfolgung übergeben werden. Das Landespolizeiamt wird an die örtlichen Polizeistellen eine Anweisung ergehen lassen, sich mit den Verbraucherorganisationen hinsichtlich der Wucherbekämpfung in Verbindung zu halten. Die Besprechungen mit den Spitzenorganisationen sollen in Zukunft regelmäßig stattfinden.

Hohenzollernmilliarden und Regierung.

Zu dem bekannten, hier schon besprochenen Artikel des „Lokal-Anzeigers“ veröffentlicht das Preussische Finanzministerium im „Preßendienst“ eine längere Gegenerklärung, der wir folgendes entnehmen:

Die Beschlagnahme des Vermögens der Mitglieder des vor-maligen Königshauses einschließlich ihres Privateigentums erfolgte im Anschluß an die Beschlagnahme des Kronvermögens, weil die Grenzen zwischen dem staatlichen Vermögen und dem privaten Vermögen infolge einer jahrhundertelangen Verbindung in einer Hand nicht ohne weiteres erkennbar waren. Es handelt sich von Anfang an nur um eine vorläufige Beschlagnahme, die mit der endgültigen Auseinanderziehung ihr Ende finden sollte. Bisher ist es nicht gelungen, die Verhandlungen über die Auseinanderziehung, über deren Schwierigkeiten sich die Öffentlichkeit wohl kaum ein Bild machen kann, zum Abschluß zu bringen. Doch besteht die Hoffnung auf eine Verständigung in absehbarer Zeit. Die dabei in erster Linie beteiligten beiden Minister, Finanzminister und Justizminister, sind sich aber darin einig, daß, solange die Auseinanderziehung nicht erfolgt ist, nach den mit Gesetzestraft erlassenen Beschlagnahmefestsetzungen eine Freigabe von einzelnen, zur Auseinanderziehungsmasse gehörigen Gegenständen nicht möglich ist.

Unrichtig ist, daß das Finanzministerium den Prinzen Friedrich Leopold zu einem „erbitterten Rechts- und Existenzkampf“ gezwungen hat. Nachdem der Prinz zunächst versucht hatte, durch Erhebung von Beschlagnahmungsklagen vor den ordentlichen Gerichten die gefällig angeordnete Beschlagnahme zu beseitigen und dem Finanzminister die Ausübung der ihm übertragenen Verwaltung des beschlagnahmten Vermögens unmöglich zu machen, entschied der Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, daß der Finanzminister bei Ausübung der ihm bei der Beschlagnahme übertragenen Verwaltungsbefugnisse in Ausübung staatlicher Hoheitsrechte gehandelt habe, daß daher seine Handlungen der Beurteilung durch die ordentlichen Gerichte entzogen seien. Der Prinz wird weiter ausgeführt, habe nun für ein Sirelobjekt von 325 000 M. ein ob-siegendes Urteil erzielt, während es sich im ganzen um Milliardenwerte handle.

Das Arbeitszeitgesetz.

Der Reichswirtschaftsrat hat gestern beschlossen, daß das Gesetz für die gewerblichen Arbeiter auch die Lehrlinge erfassen soll. Dagegen wurde der Arbeitgeberantrag angenommen, die Betriebs-zweige der Land- und Forstwirtschaft auszunehmen. Auch auf amtl. Betriebszweige und Nebenberufe der Land- und Forstwirtschaft soll das Gesetz keine Anwendung finden, und auch nicht auf die Hafenarbeiter. § 5 bestimmt, daß die Arbeitszeit ausschließlich der Rufen acht Stunden nicht überschreiten darf; etwaige Arbeitsausfälle in einzelnen Werttagen oder Tagen vor Festtagen können durch entsprechende Verlängerung an anderen Tagen ausgeglichen werden, jedoch darf die Gesamtzahl der Stunden nur 48 wöchentlich betragen.

In der Abstimmung legten die Arbeitgeber ihre Absicht durch, daß „bloße Arbeitsbereitschaft“ nicht als Arbeitszeit gelte und daß außerdem Lehrlinge zu Vorbereitungs- und Aufbaumarbeiten täglich bis zu einer Stunde herangezogen werden können.

Der die Sonntagsarbeit regelnde § 6, ebenso § 7, der Nebenarbeit in anderen Betrieben untersagt, wenn dadurch der Achtstundentag überschritten wird, wurde nach dem Ausschuhbeschlusse angenommen. § 8, der es verbietet, daß Arbeitern Arbeiten zur Berrichtung außerhalb des Betriebes übertragen werden, wird nach dem Antrag der Arbeitgeber gestrichen. Die §§ 9 bis 17 behandeln die Schutzbestimmungen für Kinder, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen. Sie wurden ohne wesentliche Änderungen angenommen.

Der Reichsrat und die Not der Presse.

Dem Reichsrat ist ein Entwurf zur Änderung des Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse zugegangen. Der Gesetzentwurf wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen; es ist jedoch unwahrscheinlich, daß er von den Ausschüssen noch vor Weihnachten erledigt wird, so daß die vom Reichspräsidenten über die beabsichtigte Erledigung dieses Gesetzentwurfs im Reichstage vor den Weihnachtsferien unmöglich wird.

Unter Gentlemen.

(Maden-schwarze Nacht, elegantes Herrenzimmer. Das Fenster nach dem Garten steht offen. Ein tiefes Geräusch. Eine dunkle Gestalt tritt vorläufig durch das Fenster ein. Der kurze Schein einer elektrischen Leuchtensonde erhellt das Zimmer. Die Gestalt geht mit vorläufigen Schritten zum Schreibtisch. Nichts ist zu sehen, nur das kurze Raad vom Rücken des elektrischen Kontaktes, und das Zimmer liegt in tieferer Finsternis. In der Tür steht der Herr des Hauses mit einem Verdorfer in der Hand. Der Fremde hält einen leichten Blick aus und wendet sich schnell gegen den Hausherrn. Dieser betrachtet ihn mit ungeschuldetem Erstaunen, denn der Fremde offenbart sich als ein wohlgestellter Herr.)

Der Fremde (der auch überrascht erscheint): Entschuldigen Sie — ich — ja — hier muß offenbar ein Mißverständnis vorliegen...

Hausherr: So, das steht in hohem Maße danach aus. Der Fremde: Gestatten Sie, wohnen Sie hier? Hausherr: Ja, jedenfalls — aber Sie nicht. Der Fremde: Nein — doch — ja — Sie werden mir nicht glauben, aber es ist ein Irrtum —

Hausherr: Sie haben sich in der Hausnummer geirrt? Der Fremde: Ja eben. Ich wollte, nein, ich kann Ihnen gar keine Erklärung geben. Ich kann nicht verlangen, daß Sie mir glauben, wenn ich sage, daß es ein ganz anderes Haus war, das ich suchte, und in einer ganz anderen Angelegenheit, als Sie vermuten. Hausherr: Sie wollen also den Anschein eines galanten Abenteurers erwecken?

Der Fremde: Ich betrachte Sie als Gentleman. Hausherr: Danke, und Sie sind vermutlich einer dieser Geniemannche, von denen man in den modernen Detektivromanen liest.

Der Fremde: Mein Herr! Hausherr: Hören Sie auf, Komödie zu spielen. Sie steigen durchs Fenster ein und sind auf dem Wege zu meinem Schreibtisch. Sie kommen also, um mich zu beschlehen und ich brauche nur nach der Polizei zu klingeln, um Sie festnehmen zu lassen. Sind Sie sich darüber klar?

Der Fremde (nervös): Ich gebe zu, daß mir das unangenehm wäre.

Hausherr: Ja gewiß, aber sehen Sie, ich habe meine eigenen Prinzipien. Ich will einmal nicht, daß die Polizei sich in meine Angelegenheiten mischt. Ich ziehe es vor, die Sache selbst zu erledigen. Sie sehen mir aus wie ein Mensch aus guter Familie, der auf Abwege gekommen ist und seine schlechten Finanzen durch einen verbrecherischen Anschlag auf die Fische bringen möchte. Das ist mifällig, und die nächste Gelegenheit ist das Gefängnis, indes, ich hoffe, daß Sie der Vorsehung danken, daß ich es bin, der Ihr Schicksal in der Hand hält und mir es damit lohnen, daß Sie in Zukunft ein ehrlicher und tüchtiger Mensch werden.

Der Fremde sieht ihn fragend an. Hausherr: Hier steht Feder und Tinte. Schreiben Sie eine

Erklärung nieder, daß Sie gekommen sind, um mich zu beschlehen, und setzen Sie Ihren Namen darunter, so will ich Sie laufen lassen.

Der Fremde senkt den Kopf und schreibt die Erklärung. Haus herr: Ich nehme an, daß die Unterschrift falsch ist. Aber jetzt habe ich auf jeden Fall Ihre Handschrift und Ihr Eingeständnis. So habe ich eine Falle für Sie beim nächsten Mal. Sie können gehen. (Er öffnet die Tür.) Nun hoffe ich, daß Sie meine hoch-bereitigkeit würdigen werden. So tritt ein Gentleman gegenüber einem gewissen Gentleman auf.

Der Fremde beugt sich auf die Lippen und wirft einen schnellen Blick auf das Türschild, das den Namen eines sehr bekannten Wuchers und Schiebers zeigt. Das Gesicht des Fremden klärt sich auf und in ganz anderem Tonfall sagt er, zum Abschied höflich den Hut ziehend: Verzeihen Sie, Herr Direktor, ich kann Ihnen nun in Wahrheit sagen, daß ein Irrtum vorliegt. Hätte ich gewußt, daß Sie es sind, der hier wohnt, so wäre ich nicht bei Ihnen eingestiegen. Denn es ist nun einmal ein ungeschriebenes Gesetz unter uns Gentleman, daß wir einander nicht beschlehen. — — —

(Aus dem Dänischen von Frh. Hansen.)

Die Bühnengenossenschaft für Barnowsky! Zum Antrag des Verbandes Berliner Theaterleiter auf Ausschluß des Direktors Barnowsky aus dem Bühneneren erhalten wir vom Bezirksverband Berlin der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger folgende Resolution:

Die den Forderungen der Gerechtigkeit und jeder Form widersprechende Art des Vorgehens gegen Direktor Barnowsky läßt annehmen, daß es sich nicht so sehr um eine organisatorische Maßregel als um die Bestrafung dessen handelt, der den Mut aufbrachte, seine Ueberzeugung gegen das Dogma rücksichtslosen Unternehmertums zu verteidigen. Uns dagegen ist Direktor Barnowsky in diesem Falle der Repräsentant einer Gesinnung geworden, die durch verständnisvolles Eingehen auf die Bedürfnisse der anderen das gefährdete deutsche Theater erhalten will.

Direktor Barnowsky bewährt durch seine Haltung eine Berufsauffassung, die ihn naturgemäß mit seinen künstlerischen Mitarbeitern verbinden muß und geeignet ist, einen künstlerischen Managertum und dessen großkapitalistischer Ausprägung entgegenzuarbeiten.

Das Theater ist eine öffentliche Angelegenheit. Seine Vertreter unterliegen der allgemeinen Kontrolle. Der Fall Barnowsky zeigt in seinen Konsequenzen Folgen, daß der Verband Berliner Theaterleiter zur Kontrolle durch die Öffentlichkeit reif ist, soll sein Wirken nicht zum baldigen Ruin der Berliner Theaterkunst führen.

Falls der Bühneneren Barnowsky ausschließt, werden schwerwiegende Probleme lebendig: Gemäß ihrem Tarifvertrag dürften keine Mitglieder der Genossenschaft mehr bei ihm spielen. Die Genossenschaft steht vor ernsten Fragen. Auch die Volksbühne müßte als Zwangsmittel des Bühnenerens den Streit über sich ergehen lassen, ohne daß ein Ausweg gefunden wurde. Die Genossenschaft wird Mittel und Wege aussindig machen müssen, um ähnliche Fälle in der Zukunft unmöglich zu machen, und sie wird auch eine Maßregelung ihrer zugewandten Direktoren nicht hinnehmen, am wenigsten aber selber durchführen wollen.

Vorgefester gesucht!

Ah, ich habe solchen Dalles, Und ich möcht' so gern genießen, Lieben, mich mit Wein begießen — Kann zwar nichts, doch mach' ich alles.

Wie verdient man bloß am schnellsten, Dieses eine möcht' ich wissen. Ja, ein östliches Gewissen, Recht robust, ist am realsten.

Geht es gut, so kann man pfeifen Auf die Welt mit Pinketinken, Doch geheimnisvollen Winken Folgte man, wenn's heißt zu kneten.

Und der Menge, der verhehlet, Und der ganzen Jubelpresse Sag' ich's mit gewaltiger Fresse: Ich tat's für den Vorgefesten.

Lucian.

Schmutz sprühende Autos. Der Unfall eines französischen Senators, der das Opfer eines über schnell fahrenden Autos geworden ist, hat die Wut der Pariser Spaziergänger gegen die die Straßen durchrasenden Ungetüme noch wesentlich erhöht. Dabei nimmt man Anlaß, auf eine andere Unzuträglichkeit hinzuweisen, die sich bei dem jetzigen Schmutzweiser den Fußgängern besonders unliebsam bemerkbar macht. Wie wir alle erfahren haben, jagen die Autos ohne jede Rücksicht auf die zu Fuß gehende Menschheit durch den dicksten Schmutz und übersäen die Kleider der Vorübergehenden von oben bis unten mit Schlammprügeln. Besonders schlimm ist es, wenn der mit Öl und Benzin vermischte Schmutz die Kleider trifft, da er sehr schwer zu entfernen ist. Ganz abgesehen davon, daß ganze Herden von Bazillen Mund und Augen zugeführt werden. Man fordert nun energisch, daß die städtischen Behörden gegen die Chauffeure, die es unterlassen, die Räder ihrer Autos mit Schmutzfängern zu versehen, mit empfindlichen Geldstrafen einschreiten. Das soll dazu führen, daß die Chauffeure bei schmutzigem Wetter die Schnelligkeit ihrer Wagen einschränken, vor allem aber, daß sie durch Anbringung von Schmutzfängern die Fußgänger vor Schaden bewahren.

„Kapitalisten-Kunst.“ Zu unserer Kritik in Nr. 589 teilt uns das Ministerium für Handel und Gewerbe mit, daß der preussische Staat keine Aktien der Useder Hütte besitzt.

Die Kraußführung der „Arbeitszeit“ in der Staatsoper muß auf Dienstag, den 19. d. M., verschoben werden. Am Sonnabend wird „Lobengrin“ gegeben.

Der Zeinod-Wilm freigegeben. Die Film-Überprüfungsstelle hat nach langer Verhandlung den von der Wa hergestellten Film: „Reinliche Forderungen“ zur öffentlichen Vorführung freigegeben. In der mündlichen Verhandlung betonte der Vorsitzende, daß die Kammer nicht glauben könne, daß die Beschränkung den großen wissenschaftlichen Ernst dieses Films mißverstehe werde.

W. Fischer, Verlag, das seit dem Jahre 1886 bestehende Verlagsgesellschaft, ist in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden.

Wichtige Erklärung Bonar Law.

London, 14. Dezember. (WTB.) Im Unterhause erklärte Bonar Law bei der Debatte über die Reparationsfrage, alle seine Informationen gingen dahin, daß Deutschland einem Zusammenbruch sehr nahe sei. Großbritannien könne keiner Aktion gleichgültig zusehen, die wahrscheinlich zur Folge haben würde, daß keine Reparationen geleistet würden, und es schwieriger, wenn nicht unmöglich machen würde, sie zu erhalten. Er hoffe, daß die britische und die französische Regierung die Zwischenzeit zu einem Meinungsaustausch benutzen würden, um einen gemeinsamen Weg zur Behandlung der Frage zu finden.

Washington unterstützt Bonar Law.

New York, 14. Dezember. (WTB.-Funktspruch.) Wie die „New York Times“ aus Washington erfährt, stimmt Bonar Law Wunsch, die Reparationsfrage mit einiger Aussicht auf endgültige Lösung zu erledigen, mit den Ansichten der Regierung Hardings überein, welche von Anfang an sich den Wilsonschen Standpunkt aneignete, daß die Reparationen auf der Grundlage der Zahlungsfähigkeit Deutschlands endgültig festgestellt werden sollten. Aus Regierungskreisen verläutet, daß der Einfluß der amerikanischen Regierung auf jede ihr zulässig erscheinende Weise weiterhin in der Richtung eines Ausgleiches der Ansichten in der Reparationsfrage geltend gemacht werden wird.

Eine Morgan-Anleihe für Deutschland?

New York, 14. Dezember. (WTB.) Einer Meldung der „New York World“ aus Washington zufolge ist über den Gegenstand der Unterredung, welche Morgan am Mittwoch gelegentlich seines Besuchs im Staatsdepartement hatte, keine Information zu erhalten. Angesichts der Erklärungen aber, die Morgan in Paris abgegeben hat, findet die Vermutung Glauben, daß Amerika nach einer Grundlage für einen Vorschlag über eine Anleihe Deutschlands sucht, den es der Konferenz der Premierminister im Januar vorlegen will.

Der unbedachte Venizelos.

London, 14. Dezember. (EP.) Der „Daily Express“ veröffentlicht ein Geheimtelegramm, das Venizelos nach Ausbruch der Revolution an das Revolutionskomitee geschickt hat. Darin sagt Venizelos, daß England nur nach ein Kadaver sei und es somit für die griechische Sache nicht den geringsten Wert mehr hat. Griechenland müsse sich auf Frankreich stützen.

Die Türkei will in den Völkerbund.

In der heutigen Sitzung des Unterausschusses für Minderheitenfragen gab Ismet Pascha die Erklärung ab, daß die Türkei bereit sei, sofort nach Friedensschluß ihre Zulassung zum Völkerbunde zu fordern. Sie lehne aber nach wie vor eine fremde Kontrolle der Minderheiten und eine Befreiung der christlichen Bevölkerung vom Militärdienst ab, ebenso sei die Schaffung einer nationalen Heimstätte für die Armenier unmöglich. Lord Curzon drückte seine Befriedigung über die veränderte Haltung der Türkei zum Völkerbund und seine Hoffnung aus, daß der Frieden nunmehr binnen vier Wochen geschlossen werde.

Frankreichs und Italiens Vertreter schlossen sich den Ausführungen Curzons an. Damit ist eine wesentliche Entspannung der Situation eingetreten.

Die deutsche Not steigt.

Der Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, der bereits mehrfach durch Besuch von deutschen Wohlfahrtsvereinigungen, insbesondere auch der Kinderpepungen, sein Interesse für das amerikanische Hilfswerk bekundet hat, richtete an den Deutschen Zentralausschuß für die Auslandshilfe in Berlin anlässlich der Eröffnung einer neuen Sammlung für Deutschland und Deutschösterreich in New York folgende Zeilen:

Sehr geehrte Herren! Wie Sie mir mitteilen, ist in den Vereinigten Staaten augenblicklich eine neue Werbekampagne im Gange, um weitere Mittel für die Fortführung des Hilfswerks in Deutschland aufzubringen. Ich freue mich, diese Bewegung fördern zu können. Auf Grund meiner persönlichen Kenntnis Ihrer Arbeit bin ich überzeugt, daß Ihre Tätigkeit in jeder Beziehung wirksam und unterstützungswert ist. Ich brauche kaum hinzuzufügen, daß die Not in Deutschland sehr groß ist und daß sie mit dem Fortschreiten des Winters immer mehr anwachsen wird. Die Tatsache ist ganz augenscheinlich. Mit vorzüglicher Hochachtung höflichst.

Es scheint nicht, daß die Herren Houghton auffallende Tatsachen allen Botschaftern augenscheinlich ist.

Nicht Deutsch, nicht Schacht, nicht Kempner, sondern Konjal Marx soll es nach der „Zeit“ gewesen sein, der mit Barthou namens der „Industrie“ über das Reparationsproblem schwätzte. Wird nun auch Herr Marx berichten?

Deutschösterreichischer Klassenhaß. Von dem Schöffengericht Berlin-Mitte wurde der Parteiführer der Deutschsozialen Partei Scheibler wegen Aufreizung zum Klassenhaß mit 10000 M. Geldstrafe bzw. 100 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er in einer Verlesung gesagt hatte, daß Vaterland müsse unter allen Umständen von dem Judentum befreit werden, auch wenn die Gegner es mit dem Leben bezahlen müßten.

Wie man Märtyrer schafft. Die Pariser Strafkammer verurteilte heute die beiden kommunistischen Abgeordneten Marcel Cachin und Baillaud-Couturier sowie den verantwortlichen Redakteur des kommunistischen Blattes Peri wegen Aufreizung von Soldaten zum Ungehorsam und wegen anarchoistischer Propaganda in Frankreich zu je sechs Monaten Gefängnis. (Diese Bestrafung eines Meinungsdeliktes, die jener Methode würdig ist, die das bolschewistische Regime gegen seine politischen Gegner anwendet, ist schlimmer als eine Gemeinheit, sie ist eine Dummei ersten Ranges, die leblich der bankrotten kommunistischen Partei Frankreichs zugute kommen wird. Red.)

Freiwillige Parteibeiträge.

6. Quittung.

Sachsen, Berlin, 1000.—; S. S., Berlin, 1000.—; Danzow, Berlin, 500.—; von den Redaktionen der Sächsischen Schellen, Berlin, 1150.—; A., Dessen, 100.—; Dr. Wille, Berlin, 1000.—; Keller u. Gen., Schwerin, 450.—; vier Genossen aus Westpreußen, 600.—; S. D., Berlin, 1000.—; Dr. A. Kreuzberg, Berlin, 500.—; Tenheuer, Berlin, 100.—; Dr. Ruffel, Embden, 50.—; Wiedemann, Berlin, 100.—; W. Berlin, 1000.—; G. G., Berlin, 15000.—; G. Heller, Wismar, 1000.—; Frau Bernhardt, Berlin, 50.—; Sos. Verein Bismarck 1500.—; Frau Dr. Weisleder, Berlin, 1000.—; G. Weisleder, Wismar, 500.—; Weisler, Berlin, 1000.—; Kranzberg, Rostock, 100.—; Rari Seibig, Gante, 500.—; G. Pogoschik, 100.—; Kribbe, Embden, 500.—; Bismarck, Weimar, 1000.—; Leber, Jena, 1000.—; Anstalt des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, 5000.—; Bergwald, Berlin, 10000.—; in Summa 71 948.—. Am 18. November bereits quittiert 688 304,95.—. Zusammen 648 252,95 M.

Weitere Geldsendungen sind zu richten: an den Kassierer der Sozialdemokratischen Partei Fr. Bartels, IR. d. 9, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, oder an das Postfachkonto Nr. 7918; Fr. Bartels, D. Weis, A. Ludwig, Berlin SW. 7, oder an das Bankkonto: Fr. Bartels, D. Heinrich, W. Pfannkuch, D. Weis bei der Direktion der Distanzgesellschaft, Berlin, Postfach Lindenstr. 3, Berlin, den 14. Dezember 1922.

Für den Parteivorstand: Fr. Bartels.

Das Urteil im Hardenprozess.

Um 1/1 Uhr nachts meldet WTB.:

Im Harden-Prozess lautete nach mehr als vierstündiger Beratung der Wahrspruch der Geschworenen für beide Angeklagte auf

Beihilfe zur Körperverletzung.

Dem Angeklagten Weichardt wurden mildernde Umstände zugestanden, dem Angeklagten Grenz dagegen nicht.

Der Staatsanwalt beantragte darauf für Weichardt zwei Jahre ein Monat Gefängnis, für Grenz vier Jahre ein Monat Gefängnis, wovon vier Monate für die Untersuchungshaft angerechnet werden sollen, außerdem Einziehung des Tollschlägers. Der Staatsanwalt begründete diese hohe (?) Strafe damit, daß die Tat hart an versuchten Mordmord streife.

Um 1/1 Uhr nachts teilt uns unser Sonderberichterstatter mit:

Nach der Verlesung dieses sogenannten Wahrspruches dankt R.-A. Bloch den Geschworenen dafür, daß sie die Argumente der Verteidigung auf sich haben wirken lassen und bittet gemeinsam mit R.-A. Dr. S. Hoff den Gerichtshof um ein Strafmaß, das mehr dem Sinne des Spruches der Geschworenen entspreche als der Antrag des Staatsanwalts.

R.-A. Dr. Grünspach verzichtet auf das Wort, da er an diesem Spruch der Geschworenen keine rechtlichen Betrachtungen knüpfen wolle.

Der Vorsitzende bittet die Verteidiger, den Spruch der Geschworenen dem Angeklagten gleich mitzuteilen, da es doch eine Foller wäre, ihnen alle zehn Fragen und Antworten zu verlesen.

Sodann zieht sich das Gericht zurück zur Beschlußfassung und verkündet bei seinem Wiedereintritt in den Saal folgende:

Urteil:

Gegen Weichardt 2 Jahre 9 Monate Gefängnis, gegen Grenz 4 Jahre 9 Monate Gefängnis, unter Anrechnung von je 2 Monaten Untersuchungshaft.

Das Urteil des Gerichts lautet nur um 3 Monate unter der nach dem Spruch der Geschworenen höchst zulässigen Strafe. Die Angeklagten erklärten, von den Rechtsmitteln Gebrauch machen zu wollen. (?)

Wels auf dem Haager Kongress.

Haag, 14. Dezember. (WTB.) In der gestrigen Nachmittags-sitzung des Weltfriedenskongresses hielt Wels-Deutschland eine längere Rede, in der er u. a. ausführte, das deutsche Volk habe es sich bei der Annahme des Waffenstillstandes auf Grund der 14 Punkte Wilsons nicht träumen lassen, wie ungerecht die Friedensbedingungen ausfallen würden. Gegen alle früheren Zusagen werde die junge deutsche Demokratie dauernd auf die Foller gespannt. Die deutsche Arbeiterklasse sei demokratisch und friedlich gesinnt. Die größten Feinde der deutschen Demokratie seien nicht innerhalb Deutschlands zu suchen. Es seien vielmehr Heizer vom Schloze Poincaré. Die deutsche Arbeiterklasse sei bereit, bei der Wiederherstellung des Friedenszustandes so weit als möglich zu helfen. Schließlich protestierte Wels gegen die weitere Besetzung deutschen Gebiets und gegen die Art und Weise, wie in London und Lausanne die deutschen Interessen als Tauschmittel benutzt würden.

Friedrich Adler-Wien steht einer Verbindung der auf dem Kongress vertretenen verschiedenen Richtungen skeptisch gegenüber. Ben Tillet, Mitglied des Generalkomitees des britischen Gewerkschaftsbundes, hält eine direkte Aktion gegen den Krieg zwar für zweckmäßig, machte aber gleichzeitig darauf aufmerksam, daß diese Waffe wohl in England und Deutschland, wo starke Organisationen vorhanden sind, gebraucht werden könne, nicht aber in Frankreich, Italien und den skandinavischen Ländern.

Zum Schluß der Sitzung lehnte Souhaig-Frankreich im Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes den Völkerbund in seiner gegenwärtigen Verfassung als das Eigentum einiger Regierungen ab; zur Frage des Generalfreistills erklärte er, die internationale Arbeiterbewegung lasse sich die Freiheit nicht nehmen, einen Generalfreistill zu proklamieren.

Zur Vorgeschichte des Haager Einigungskongresses.

Die Sitzungen der Exekutivkomitees von London und Wien.

Ueber die Sitzungen der Exekutivkomitees der Zweiten und der Wiener Internationale, die im Haag bzw. in Frankfurt a. M. am Vorabend des Weltfriedenskongresses stattfanden und die sodann zu dem hier bereits bekanntgegebenen Beschluß geführt haben, eine gemeinsames Aktionskomitee einzusetzen und einen internationalen sozialistischen Kongress einzuberufen, wird uns berichtet:

An der Sitzung des Exekutivkomitees der Zweiten Internationale im Haag nahmen teil: Henderson und Tom Shaw (England), Vandervelde und de Broedère (Belgien), Wels (Deutschland), Troelstra (Holland) und Stauning (Dänemark), sämtlich Mitglieder des Exekutivkomitees, ferner van Rosbroek und J. Wouters, Wldout (Holland), Andersen (Dänemark) und Christensen (Norwegen) als Gäste.

Nach Erledigung laufender, vorwiegend interner Angelegenheiten erstattete Wels einen sehr interessanten Bericht über die ihm vom Exekutivkomitee aufgetragene Mission nach Bulgarien anlässlich des 25. Jubiläums der dortigen Sozialdemokratischen Partei. Das Komitee besprach sodann die Beziehungen der Zweiten Internationale zur Wiener Arbeitsgemeinschaft sowie die Mittel und Wege, um sobald wie möglich die internationale sozialistische Einigung zu verwirklichen. Die Exekutivkomitees beider Organisationen würden zunächst noch vor dem Friedenskongress in Fühlung treten und sich dabei über die Stellung verständigen, die es gegebenenfalls auf dem Kongress einzunehmen gelte.

Der Wunsch nach Verständigung ist allgemein im Schoße der Zweiten Internationale, und verschiedene Tatsachen, die aus Frankreich, Oesterreich, Deutschland und aus der Schweiz gemeldet werden, zeigen, daß der gleiche Wunsch auch im Schoße der Wiener Arbeitsgemeinschaft besteht. Verschiedene Gewerkschaftsverbände, die der einen oder der anderen Internationale angegliedert sind, wünschen ihrerseits, daß sich die Annäherung so schnell wie möglich vollziehe. Es wurde mit Freude festgestellt, daß die sozialistische Einigung nunmehr in allen den wichtigsten Ländern vorzuziehen ist, und es wäre unter diesen Umständen unbegründlich, daß sich die internationale Einigung nicht ebenfalls wieder vollziehe.

Das Exekutivkomitee der IWSB. nahm in Frankfurt a. M. nach eingehender Debatte mit sieben gegen drei Stimmen folgenden Antrag an:

„Die Vertretung Deutschlands in der Exekutive der IWSB. bleibt bis zur nächsten internationalen Konferenz unverändert.“

Sodann wurde eine eingehende Beratung der Situation der internationalen sozialistischen Bewegung, insbesondere mit Hinblick auf die durch die Vereinigung in Deutschland geschaffene Lage abgeführt. Bei diesem Punkt wurde mit sechs gegen drei Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, folgender Antrag Adler-Brade zum Beschluß erhoben:

Die Verhandlung brachte manches Unerwartete. Ihren Höhepunkt erreichte sie durch das Auftreten Hardens. Nachdem der Verteidiger Weichardts Dr. Schiff mit wenig tauglichen Mitteln das durch seine Vorgänger zerstückte Lügengewebe wieder mühsam zusammenzuflicken versucht und für nicht mehr und nicht weniger als für Freispruch plädiert hatte, warf der zweite Verteidiger Dr. Bloch dem Nebenkläger den Fehdehandschuh vor die Füße. Hardens schriftstellerische Tätigkeit, in erster Linie seine angeblich verschiedenartige Haltung zu Anfang und am Schluß des Prozesses in der Beleuchtung innen- und außenpolitischer Blätter sollten noch im letzten Augenblick, ungeachtet dessen, daß auf die Sachverständigen verzichtet worden war, noch der idealen Gesinnung des Anklägers den ihr so nötigen Stützpunkt geben.

Harden nahm die Herausforderung an. Er erhielt das Wort trotz der energischen Proteste der Verteidiger, die anfangs gegen diese Worterteilung nichts hatten. Er ließ seinen Werdegang vor den Geschworenen vorüberziehen, kam auf sein Judentum zu sprechen, setzte sich mit dem Edmoantifemitismus auseinander, der ein Armutszugnis desjenigen Teiles des deutschen Volkes sei, der da glaubt, ein Prozent jüdischer Bevölkerung könne das deutsche Volk zugrunde richten, legte den Richtern die Frage vor: ob derjenige, der einen angeblichen Schädling tötet, frei ausgehen dürfe, ob derjenige, der einen Juden tötet, eine Prämie erhalte. Er forderte die unumwundene Befreiung der Schuldfrage, nicht um seiner selbst willen, sondern um des Ansehens des deutschen Volkes willen und zur Verhütung weiteren Unheils.

Sein Mahnwort zur Reue fand ein Echo beim Angeklagten Weichardt, dessen Stimme die Klanglos hohlen Worte: „Ich habe unüberlegt gehandelt und ich nehme die Tat mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Ich habe ja die Person des Herrn Harden und seine Bedeutung nicht gekannt.“ Lügen strafte, sich auf dummdreisten Trost bei Grenz, der behauptete, daß 50 Proz. des deutschen Volkes hinter seinem Rücken stehe gegenüber den 2 Proz., die Harden vertrete. Zu seiner Tat stehe er nach wie vor. Auch von der Verfolgung seiner Idee würde er sich nicht abhalten lassen. Mit einer unmotivierten Explosion in das intime Gebiet der Sexualpathologie, verursacht durch die im Prozeß erwähnten Radikalurteile, verabschiedete er sich in schneidend scharfem Ton von seinen Richtern. Die Rechtsbelehrung brachte nichts Neues.

Indem das Exekutivkomitee der IWSB. die Erfüllung seiner Aufgabe fortsetzt, an der Bewirkung der einheitlichen sozialistischen internationalen Aktion und Organisation zu arbeiten, beschließt es, eine Delegation, bestehend aus sieben Genossen, aus seiner Mitte damit zu betrauen, mit der Londoner Exekutive oder einem Komitee aus der Londoner Exekutive im Haag in Fühlung zu treten zu dem Zweck, diesem vorzuschlagen, daß ein gemeinsames Aktionskomitee gebildet werde, das vor allem die Aufgabe haben soll, einen internationalen Arbeiterweltkongress vorzubereiten. Diesem Komitee wird die Pflicht auferlegt, in möglichst kurzer Zeit einen Entwurf aller Vorschläge, die es dem internationalen Kongress zur Annahme empfiehlt, vorzulegen. Die IWSB. wird in einer internationalen Konferenz zu diesen Vorschlägen Stellung nehmen. Diese Konferenz soll möglichst unmittelbar vor dem internationalen Kongress stattfinden.

Schließlich beschloß sich die Exekutive noch mit dem vom Internationalen Gewerkschaftsbund im Haag einberufenen Weltfriedenskongress und nahm mit sieben gegen drei Stimmen die folgende Resolution Adler an:

„Obwohl die Exekutive der IWSB. es bedauert, daß durch die Einladung des Internationalen Gewerkschaftsbundes bürgerlich-pöpstliche Elemente zu dem Weltfriedenskongress zugezogen wurden, stellt sie die Beteiligung an diesem Kongress den ihr angeschlossenen Parteien frei, da sie jeden Gegenstand zwischen gewerkschaftlicher und politisch-sozialistischer Bewegung zu vermeiden wünscht. Der Sekretär der IWSB. wird an dem Haager Kongress teilnehmen und der Exekutive Bericht erstatten.“

Die Beschäftigung Schwerbeschädigter

Der Reichsarbeitsminister hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920 zugehen lassen. Der neue Gesetzesentwurf ändert an dem grundlegenden Gedanken des Gesetzes nichts. Die Kündigungsbeschränkungen sollen endgültig geregelt, der im Gesetz enthaltene Gedanke weiter gebildet und die einzelnen Bestimmungen mit den neuen arbeitsrechtlichen Vorschriften in Einklang gebracht werden. Der Entwurf will das Erfordernis der Zustimmung der Hauptfürsorgestelle zu einer Kündigung gegenüber einem Schwerbeschädigten als dauernde Bestimmung in das Gesetz übernehmen. Ausnahmen von den Kündigungsbeschränkungen, wie sie aus volkswirtschaftlichen Gründen bereits durch die Verordnung vom 28. April 1921 vorgesehen waren, sollen durch die Ausnahme in das Gesetz ebenfalls eine dauernde Einrichtung werden. Als Neuerung erscheinen die Bestimmungen über die Behandlung der Schwerbeschädigten bei Streiks und Aussperrungen. Der Arbeitgeber soll grundsätzlich verpflichtet werden, die an solchen Aktionen beteiligten Schwerbeschädigten wieder einzustellen; auf der andern Seite erhält er das Recht, bei wichtigen Gründen, über die das Arbeitsgericht zu entscheiden hat, die Wiedereinstellung abzulehnen. Weiter will der vorliegende Entwurf die Rechtfertigung der Schwerbeschädigten, bei denen die Minderung der Erwerbsfähigkeit nicht auf Kriegsdienst oder Betriebsunfall beruht (angeborene Gebrechen oder Krüppelhaftigkeit, Krankheit oder Alter), verbessern. Der Reichstag hat den Wunsch geäußert, daß z. B. die Friedensblinden in vollem Umfang als Schwerbeschädigte zu behandeln sind. Diesem Wunsche kommt der Gesetzesentwurf entgegen.

Auch das Schwereverfahren wird neu geregelt. Im Interesse einer schnellen und einheitlichen Durchführung des Gesetzes sieht der Entwurf einen besonderen Beschwerdeausschuß vor, der sich aus Personen zusammensetzt, die mit den jeweils vorliegenden Streitfragen durch ihre berufliche Tätigkeit besonders vertraut sind. Um einander widersprechende Entscheidungen der verschiedenen Beschwerdeausschüsse zu vermeiden, ist die Möglichkeit geschaffen, in grundsätzlichen Fragen während des schwebenden Verfahrens einen beim Reichsamt für Arbeitsvermittlung zu bildenden Zentral-Schwerbeschädigten-Ausschuß anzurufen. Er entscheidet mit bindender Wirkung die bei den Hauptfürsorgestellen anhängigen Streitigkeiten. Die Verhängung von Bußen, für die bisher die Schlichtungsausschüsse zuständig waren, ist den Arbeitsgerichten übertragen worden. Die Organe der Gewerbe- und Bergaufsicht, sowie der Arbeitsvermittlung sind ferner als bei der Durchführung des Gesetzes beteiligt worden.

Reichskanzler Cuno ist nach Eintragung ins Hamburger Handelsregister aus dem Vorstande der Hamburg-Amerika-Linie ausgeschieden.

Die polnische Regierung ist unmittelbar nach dem Amtsantritt des neuen Staatspräsidenten Narutowicz zurückgetreten.

Gewerkschaftsbewegung

Achtstundentag und Reichswirtschaftsrat.

Der Standpunkt des Genossen Umbreit.

Über die Beratung der Arbeitszeit-Gesetzentwürfe im Reichswirtschaftsrat konnten wir gestern früh nur ganz kurz berichten, wobei insbesondere der Sinn der Ausführungen des Genossen Umbreit nicht richtig zum Ausdruck kam. Genosse Umbreit teilt uns daher mit:

Ich bemerke einleitend gegen Herrn Mag. Cohen, daß er mit seiner früheren Forderung, den gesetzlichen Achtstundentag auf fünf Jahre zu suspendieren, lediglich mit dem rheinischen Großindustriellen Thissen übereinstimme, der in seinem offenen Brief an den Reichstanzler Dr. Wirth die gleiche Forderung erhoben habe. Thissen war sich freilich darüber vollständig klar, daß diese Befristung des Achtstundentages nicht ohne schwere Erschütterungen vor sich gehen werde, daher sein Verlangen an Wirth, sich an die Spitze einer solchen Bewegung zu stellen, daher auch sein Ruf nach einem starken Mann, der die deutsche Wirtschaft retten soll, ein Ruf, der beziehungsweise selbst in diesem Hause gestern ein merkwürdiges Echo gefunden hat. Die Zentralarbeitsgemeinschaft hat sich bisher nicht auf den Standpunkt der Aufhebung des Achtstundentages gestellt. Sie erklärt auch ihrerseits den Achtstundentag zu unpopulärer, nur wolle sie ihn nicht „schematisch“ durchzuführen wissen. Über das letztere waren Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den bisherigen Verhandlungen im wesentlichen einig. Nur über das, was Schematismus sei, gingen die Meinungen auseinander. Einig waren wir uns in der Zentralarbeitsgemeinschaft ferner darin, daß der tarifliche Vereinbarungscharakter eine wesentliche Mitwirkung bei der Durchführung der Arbeitszeitregelung einverleiben müsse. Die Arbeitgeber wünschen aber die tarifliche Vereinbarung erst in letzter Linie. Zunächst verlangen sie möglichst weitgehende gesetzliche Freiheiten, dann behördliche Bewilligungen, dann Bewilligungen mit Hilfe der Betriebsräte und erst zuletzt tarifliche Vereinbarungen, die sie aber in Tarifzwang verwandeln wollen können. Wir können uns von einem gesetzlichen Tarifzwang keinerlei Förderung der tariflichen Vereinbarung, sondern nur Erschwerungen versprechen, weshalb wir diesen Zwang ablehnen müssen.

Aus den Verhandlungen über die Ausnahmeregelung ergab sich, daß die Arbeitgeber wenig Vertrauen, ja sogar recht wenig Kenntnis von den Tarifverträgen haben, so müßten sie wissen, daß in keinem Tarifvertrage die Ausnahmen von der gesetzlichen Arbeitszeit unregelmäßig geblieben sind. Man hat uns trotz wiederholter Aufforderungen nach Beispielen, in denen die Gewerkschaften hinsichtlich der Ausnahmeregelung verstoßen hätten, nur einen einzigen Fall nennen können, in dem ein Betriebsrat Vorkenntnisse verhandelt hat. Aber gerade die Arbeitgeber möchten den Betriebsräten mehr Einfluß auf die Arbeitszeitbewilligung einräumen, als den Gewerkschaften.

Der Achtstundentag ist im November 1918 von der Zentralarbeitsgemeinschaft eingeführt und den Volksbeauftragten zur gesetzlichen Verallgemeinerung unterbreitet worden. Seine Einführung war damals nicht nur eine hygienische Notwendigkeit, sie war auch erforderlich aus Gründen der Demobilisierung und des Wiederaufbaus der Wirtschaft. Diese Gründe müssen heute noch in vollem Maße gelten. Deshalb müssen wir am gesetzlichen Achtstundentag festhalten. Die Gewerkschaften sind aber bereit, der deutschen Wirtschaft jede als dringlich notwendig nachgewiesene Überarbeit im Wege tariflicher Vereinbarungen zu sichern.

„Das faktische Bündnis“.

Zu dem Bericht mit dieser Überschrift, den wir in die Nr. 564 des „Vorwärts“ vom 29. November aus dem Munde des Herrn Stegerwald „Der Deutsche“ übernommen hatten, erhalten wir von dem Reichstagsabgeordneten Geisler, dem Führer der sogenannten nationalen Berufsverbände, der selben folgende Berichtigung unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes:

„Der angebliche „Bericht“ über eine Sitzung, die am 25. September d. J. im Monopol-Hotel in Breslau stattgefunden hat, ist zum Teil direkt unwahr, zum Teil größtenteils entstellend. Insbesondere ist die Behauptung unwahr, daß ich die Arbeitgeber um Geld angebettelt hätte.“

Wahr ist, daß ich in jener Sitzung gebeten habe, die bisherige einseitige Förderung der Gewerkschaften und Unterdrückung von Verbänden des Rationalverbandes Deutscher Berufsverbände durch schlesische Unternehmerverbände aufzuheben. Ich habe dabei nicht um Geld gebeten. Wahr ist dagegen, daß ein Unternehmer von geistlicher Unterstützung gesprochen hat, und zwar in dem Sinne, daß die Verbände des Rationalverbandes Deutscher Berufsverbände wohl gleichberechtigt behandelt werden, aber nicht finanziell unterstützt werden können, weil z. B. in seinem Landreise die aufgewandten Mittel kaum ausreichen, um den dortigen „christlichen“ Gewerkschaftsführer unterhalten zu können.

Unwahr ist die Behauptung, daß ich einem Bündnis mit den

Kommunisten das Wort geredet hätte. Wahr ist, daß ich von der Notwendigkeit eines rechten Gegengewichtes gegen den linksstehenden Konkurrenten der Gewerkschaften, die Kommunisten, gesprochen habe.“

In der Tatsache, daß die gelben oder „wirtschaftsfriedlichen“ Organisationen, die nicht den Interessen der Arbeitnehmer, sondern denen der Unternehmer dienen, von den Unternehmern finanziell ausgehalten werden, ändert diese Berichtigung nichts. Daß die Mitglieder dieser Organisationen durch geringe Beiträge selber mit zur Bewirkung deren Ziele beitragen, in der Erwartung, daß sich dies in anderer Weise für sie „persönlich“ als lohnend erweist, tut dabei nichts zur Sache. Die Kommunisten treiben den Gelben die Mitglieder auch ohne Bündnis zu durch ihr ganzes gewerkschaftsfeindliches Wüten.

Die Wahlen im Buchbinderverband.

Die Wahlen sind morgen, Sonnabend, von mittags 1 Uhr bis abends 6 Uhr. Die Wahllokale sind im „Mitteilungsblatt“ veröffentlicht. In letzter Stunde ergeht an die Mitglieder die Aufforderung, für eine verstärkte Propaganda in den Betrieben zu sorgen, um eine rege Wahlbeteiligung unserer Anhänger zu erzielen.

Kollege Rothe hat es in letzter Stunde vorgezogen, nicht zu kandidieren, und haben nun die Mitglieder klare Entscheidung. Es gilt, entweder sich dem Diktat der kommunistischen Parteien zu fügen oder eine Leitung der Ortsverwaltung zu wählen, die getragen ist von Befähigung und Verantwortlichkeitsgefühl.

Darum treten im eigenen Interesse alle kommunistischen Wahlmagnationen entgegen und wählt reflexlos nachfolgende Bewerber: P. Raspar als 1. Vorsitzenden, G. Plank als 2. Vorsitzenden, Fr. Bylomski als 1. Kassierer, R. Becker als 2. Kassierer, E. Priemer, Kartontbranche, J. Otto, Zugschpapierbranche, und als Sekretär der Buchbinderbranche W. Klabunde.

Ferner als Verwaltungsbewerter R. Löpfer, O. Veit und H. Rajch, und als Hilfskraft die Kollegin Menzel.

Alle anderen bitten wir als unzuverlässig zu streichen. Versäume niemand seine Wahlpflicht.

Kolleginnen und Kollegen, die gewillt sind, sich an der Wahlarbeit zu beteiligen, melden sich im Zentralwahlbureau bei Reimer, Kommandantenstr. 46, in der Zeit von 12 Uhr ab bis 5 Uhr nachm. Der Aktionsausschuß der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Zum Angestelltenstreik bei Zarotti.

Der Streik ist im Laufe des gestrigen Tages allgemein geworden, nachdem auch die Angestellten der Engroßlager Velle-Alliance-Strasse und Alte Säbhaner Strasse, sowie die Angestellten des Betriebes in Schönberg (früher J. D. Groß) die Arbeit niedergelegt. Die Angestellten sind zuversichtlich, zumal die Arbeiter die vollste Sympathie zugesichert haben. Der skandinavische Arbeitgeberverband wird sich überlegen müssen, ob es nicht ratsam ist, die Organisationen der Angestellten bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitwirken zu lassen.

Zwei Arbeiterfreunde aus Norwegen haben den Streikenden zur Unterstützung des Kampfes einen stattlichen Geldbetrag übermittelt. Geben die Arbeitgeber nicht nach, so ist mit einer Verschärfung des Kampfes zu rechnen.

Lohnbewegung in der Landschaftsgärtnerei. Bei den Verhandlungen am Mittwoch hat der Arbeitgeberverband ab 18. Dezember auf die bisherigen Löhne eine Zulage von 20 Proz. geboten. 50 Proz. waren am 11. Dezember gefordert. Die Lohnkommission hat das vollständig unzureichende Angebot abgelehnt und beschlossen, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Eine besondere Versammlung findet vor der Verhandlung am Schlichtungsausschuß nicht statt. Die Arbeitgeber erklärten am Schluß der Verhandlung noch, daß sie trotz der Ablehnung die 20 Proz. ab 18. Dezember auszahlen würden.

Wichtig. Funktionäre des Metallarbeiterverbandes. Folgende wichtige Versammlungen haben statt: 4. Bezirk: Sonnabend 4 1/2 Uhr bei Frau, Stralauer Allee 41. - Montag 6. Bezirk: 5 Uhr bei Frau, Allee 41. - Dienstag 6. Bezirk: 5 Uhr bei Frau, Allee 41. - Donnerstag 6. Bezirk: 5 Uhr bei Frau, Allee 41. - Freitag 6. Bezirk: 5 Uhr bei Frau, Allee 41. - Samstag 6. Bezirk: 5 Uhr bei Frau, Allee 41. - Sonntag 6. Bezirk: 5 Uhr bei Frau, Allee 41. - Montag 6. Bezirk: 5 Uhr bei Frau, Allee 41. - Dienstag 6. Bezirk: 5 Uhr bei Frau, Allee 41. - Donnerstag 6. Bezirk: 5 Uhr bei Frau, Allee 41. - Freitag 6. Bezirk: 5 Uhr bei Frau, Allee 41. - Samstag 6. Bezirk: 5 Uhr bei Frau, Allee 41. - Sonntag 6. Bezirk: 5 Uhr bei Frau, Allee 41.

Wichtig. Funktionäre des Metallarbeiterverbandes. Folgende wichtige Versammlungen haben statt: 4. Bezirk: Sonnabend 4 1/2 Uhr bei Frau, Stralauer Allee 41. - Montag 6. Bezirk: 5 Uhr bei Frau, Allee 41. - Dienstag 6. Bezirk: 5 Uhr bei Frau, Allee 41. - Donnerstag 6. Bezirk: 5 Uhr bei Frau, Allee 41. - Freitag 6. Bezirk: 5 Uhr bei Frau, Allee 41. - Samstag 6. Bezirk: 5 Uhr bei Frau, Allee 41. - Sonntag 6. Bezirk: 5 Uhr bei Frau, Allee 41.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Vorstandskonferenz

am Sonntag, den 17. Dezember, vormittags 10 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18. Tagesordnung: Beitragsfestsetzung für den Monat Januar.

Zur Teilnahme an dieser Konferenz laden wir ein: den Bezirksvorstand, zwei weitere Vertreter der Kreisvorstände, die Abteilungsleiter, ihre Stellvertreter und die Abteilungsleiter.

Jede Abteilung muß vertreten sein. Die Anwesenheit der Kassierer ist Pflicht. Bezirkssekretariat.

99. Bd. Beik. Heute abend 7 Uhr öffentliche Versammlung in der Gemeindefaule Bürgerstraße. Thema: Die Rot Deutschlands und die neue Regierung. Referent Gen. Reichstagsabg. Franz Rühlker.

Frauenveranstaltungen am Freitag, den 15. Dezember:

4. Kreis Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr wichtige Sitzung des Kreisrates für Arbeiterwohlfahrt und Kinderbeschäftigung bei Frau. Prenzlauer Allee 180. 17. Kreis Lichtenberg. Kommunale Kommission, Arbeitsausschuß für Arbeiterwohlfahrt und Kinderbeschäftigung: 7 Uhr Konferenz im Rathaus Lichtenberg. Vortrag der Genossin Todenhagen über „Jugendwohlfahrt“.

Morgen, Sonnabend, den 16. Dezember:

2. Kreis Tiergarten. 7 Uhr in der Aula Waldenferstr. 20, Elternversammlung der freien Schulgemeinde. Tagesordnung: Vortrag, Gesang, Agitation u. a. Eintritt: frei. Telleranmeldung.

Charlottenburg-Spandau. Jeden Sonnabend von 5-6 Uhr juristische Sprechstunde im Jugendheim, Köpenickerstr. 4.

62. Gemeindefaule. 7 Uhr Unterhaltungsabend im Adalfrischen Gymnasium. Aufsätze, bestehend aus Wollenkollonienkonzert, Vorträgen und Volkstänzen der Kinder. Gähne willkommen.

51. Bd. Charlottenburg. Sonntag, den 17. Dezember, nachmittags 2 Uhr, findet die Beschäftigung der Arbeiterwohlfahrtsausstellung, Frauenhoferstraße 11, unter Führung statt. Die Parteigenossinnen und -genossen werden ersucht, sich daran jährlich zu beteiligen. Treffpunkt vor der Ausstellung.

Das Bezirksratel in Stahndorf ist Ernst Gehrke, Lindenstr. 9.

Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Heute, Freitag, den 15. Dezember:

Waldenferstr. Jugendheim Gemeindefaule Harnsdorferstr. 12. Diskussionsabend: „Wir und unsere Gegner“. - Köpenicker Bezirk: Jugendheim Köpenickerstr. 7. Vortrag: „Arbeiterjugend und Gewerkschaft“. - Reasit: Jugendheim Gemeindefaule Waldenferstr. 11. Vortrag: „Bericht Hauptmann“. - Köpenicker Bezirk: Jugendheim Köpenickerstr. 7. Vortrag: „Arbeiterjugend und Gewerkschaft“. - Köpenicker Bezirk: Jugendheim Köpenickerstr. 7. Vortrag: „Arbeiterjugend und Gewerkschaft“. - Köpenicker Bezirk: Jugendheim Köpenickerstr. 7. Vortrag: „Arbeiterjugend und Gewerkschaft“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Kreis Schöneberg. Sonnabend, den 16. Dezember, pünktlich 7 1/2 Uhr, im Zimmer 109 des Berliner Rathauses, literarisches Unterhaltungsabend: „Neuland der Dichtung“ von Bruno Böhm und „Politik des Kasperle-Theater“ von Jörg Wogner.

Wichtig. Kriegssopfel. Parteigenossen, die dem Internationalen Bund der Kriegssopfel angehören, werden aufgefordert, am Sonnabend, den 16. Dezember, 7 1/2 Uhr, zu erscheinen. Erscheinen aller Parteigenossen ist Pflicht.

Gemeinschaft proletarischer Freiender, Gruppe Wedding. Sonnabend, den 16. Dezember, 7 Uhr, Versammlung bei Wiste, Köpenickerstr. 13. Gähne willkommen.

Wetter bis Sonnabend mittag. Kälter, zeitweise heiter, jedoch überwiegend trüb, mit leichten Niederlagen bei trübigen weichen bis nachmittagslichen Winden.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Walter Schiff, Berlin; für Anzeigen: H. Gierke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin.

M. SCHULMEISTER Hochbahnstation Kottbuser Tor Herren-Anzüge Tallenmäntel mit Gürtel Sport-Anzüge Sport-Petze für Herren- u. Damen-Bekleidung beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise Koch & Seeland G. m. H. Gertraudenstraße 20-21.

SUNNIGLICHTSEIFE wäscht alles, reinigt schnell und gründlich

A. Wertheim Am Sonntag, den 17. Dez., sind unsere Geschäftshäuser von 1 Uhr an geöffnet. Dorsch 190M, Bleie 270M, Lachsheringe 110M, Kräuterkäse 65M, Camembert 145M, Quadratkäse 400M, Kalbskamm u. Brust 320M, Kalbnierenbraten 360M, Kalbskeule 360M, Suppenfleisch 360M, Rinderkamm 380M, Rinderbrust 380M, Frische Kaninchen 380M, Hasen gestreift und ausgeworfen 450M, Roastbeef mit Knochen 400M, Gehacktes Fleisch 360M, Schweinebauch mit Beilage 720M, Schweineblatt mit Beilage 720M, Schweinerücken 720M, Schweineschinken 720M, Mohrrüben 12M, Weißkohl 18M, Rübchen 32M, Esäpfel 26M, Kochbirnen 22M, Spezialmischung mit Bohnenkaffee 400M.

Abrechnung mit den Deutschnationalen

Betriebsräte und Deputationsitzungen. — Arbeiter als Baukontrollreure.

Zwei Fragen von erheblichem Interesse für die Arbeiterschaft nahmen gestern den größten Teil der Stadtverordneten-sitzung in Anspruch. Die in der vorigen Sitzung vertagte Debatte über die Beteiligung von Betriebsräten, Angestellten- und Beamtenausschüssen an Deputationsitzungen wurde zu einer Abrechnung mit den Deutschnationalen, bei der unser Genosse Dettmer und nach ihm der Kommunist Schumacher sich besonders den Pfarrer Koch gehörig vornahm. Als Herr Koch in seinem Schlusswort noch die „Arbeiterfreundlichkeit“ der Deutschnationalen zu betonen wagte, antwortete ihm ein Hohngelächter. Auch in der Abstimmung ertönten, dank der Unterstützung der Linken durch Zentrum und Demokraten, die Deutschnationalen und ihre Bundesgenossen eine Niederlage. Mit einem Sieg der Linken endete auch die Beratung des sozialdemokratischen Antrages über die Raubwendigkeit der Baukontrolle durch Arbeiter. Unsere Genossen Krause und Kemnik rügten die Mangelhaftigkeit der bisherigen Baukontrolle, während der Redner der Deutschnationalen nichts an ihr auszusetzen fand. Der sozialdemokratische Antrag wurde angenommen.

Sitzungsbericht.

In der gestrigen Sitzung wurde die Aussprache über die beiden Anträge der äußersten Rechten und der äußersten Linken eröffnet, die die Teilnahme der Betriebsräte an den Deputationsitzungen betreffen und vor acht Tagen von Koch (Dnat.) und Dör (Komm.) begründet worden waren.

Genosse Dettmer rechnete mit Koch gründlich ab. Koch habe es vorgezogen, statt den Beweis für seine Beschuldigungen gegen die Betriebsräte zu erbringen, gegen sie eine Schimpfpan-nade loszulassen. Das Betriebsrätegesetz scheint Koch nicht zu fernem oder er lege es falsch aus. Auf

die Entlassungen bei der Straßenbahn

eingehend, wies Dettmer im einzelnen nach, in wie hohem Grade die Liste der Direktion von sozialer Ungerechtigkeit diktiert sei; auf diese Adresse möge sich Herr Koch mit seinen Anklagen wenden. Herr Koch habe willentlich ein ganz falsches Bild entworfen; er habe auch behauptet, die Sozialdemokratie habe der Arbeiterschaft goldene Berge versprochen. Gerade das Gegenteil sei richtig (Unruhe rechts); die Sozialdemokratie habe nichts versprochen und unter den heutigen Verhältnissen auch nicht verwirklichen können. (Stürmischer Widerspruch rechts; höhnische Zurufe: Friede, Freiheit, Brot!) Habe nicht gerade jener erbärmliche Kerl, der Volk und Vaterland verließ, das Wort gesagt:

„Herzlichen Jellen lüch ich euch entgegen?“

(Große Unruhe rechts; Vorsteher Dr. Caspari bittet, nicht Ausdrücke zu gebrauchen, die einen Teil der Versammlung schwer beleidigen. Auf der Tribüne war das Jotat mit händelstischen aufgenommen worden; der Vorsteher rügte das.) Redner schloß mit der Erklärung, daß an dem bisherigen Zustand festzuhalten sei, daß die Partei für die Erhaltung und Erweiterung der Rechte der Betriebsräte weiter wirken werde. Bei dem Antrag der Deutschnationalen habe es sich lediglich um eine Attacke auf das Betriebsrätegesetz gehandelt.

Hausberg (Dem.) charakterisierte die Kochsche Begründung als wohl hauptsächlich für die gelbe Kolonne bestimmt, die man sich auf die Tribüne bestellt hatte.

In der weiteren Besprechung erinnerte Schumacher (Komm.) Herrn Koch daran, daß der bestehende Manetarif der Arbeiter des Mittelbestimmungsrecht noch bis zum 1. Juli 1923 garantierte. Herr Koch habe falsches Zeugnis geredet und gelogen (Ordnungsruf des Vorstehers), seine und seiner Parteigenossen Klagen seien eitel heuchelei, denn die Deutschnationalen hätten im Verwaltungsrat der Straßenbahn direkt

auf Entlassungen hingearbeitet.

Von Ennern (D. Sp.) trat den Deutschnationalen und ihrem Antrage bei, man solle die Betriebsräte wieder aus den Deputationsitzungen weglassen, wo sie die Geschäfte mindestens nicht fördern, und Dethleffen (Dnat.) bemühte sich nochmals um den Nachweis, daß die Teilnahme der gesetzlichen Grundlage entbehre. Nachdem Redner (Z.) den „rein agitatorischen“ Antrag der

Deutschnationalen mit Entschiedenheit abgelehnt hatte, mußte Koch im Schlusswort andauernder Unruhe auf der äußersten Linken standhalten.

Nach dem Schlusswort des Kommunisten Schumacher für den Antrag seiner Freunde kam es zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der Deutschnationalen; das Ergebnis war die Ablehnung mit 110 gegen 81 Stimmen. Der Antrag der Kommunisten, der die Durchführung der Magistratsverfügung auch auf das Bezirksamt Steglitz ausdehnt, wurde durch Ausschluß mit 103 gegen 86 Stimmen angenommen. Das Ergebnis wurde von der Tribüne mit demonstrativem Beifall begrüßt; der Vorsteher drohte die Räumung an.

Zwei Dringlichkeitsanträgen, die die Befreiung der Milch auf ihrem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher von der mehrmaligen Umsatzsteuer und die Konzessionierung und scharfe Kontrolle der Altmaterialhandlungen forderten, widersprach ausgerechnet — Herr Richard Kunze und erregte damit einen allgemeinen Sturm der Entrüstung, hatte aber für jetzt den Sieg davongetragen.

Die Vorlage betreffend die Erhöhung der Böhme der Portier-tarifverträge gelangte zur Annahme.

Auf Grund des Antrages der Sozialdemokraten, betreffend die Baunfälle in Groß-Berlin, hat der Ausschuß folgende Beschlusfassung empfohlen:

„Die Versammlung ersucht den Oberbürgermeister, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, daß

die Baukontrolle

seitens der Baupolizei in sorgfältigster Weise erfolgt und bei der Auswahl der Kontrollbeamten auf deren praktische Eignung besonders Bedacht genommen wird. Die Auswahl dieser Personen soll möglichst im Einvernehmen mit den örtlichen Organisationen des Baugewerbes erfolgen.“

Genosse Krause: Von den 20 Baukontrollreuren, die angeblich in Groß-Berlin vorhanden sein sollen, haben die Bauarbeiter noch nichts gemerkt. Unsere Fraktion kann dem Ausschußvorsitz nicht zustimmen. Wir haben private Kontrollen auf 57 Bauten vorgenommen; Schutzvorrichtungen zur Verhütung des Herabfallens von Material und dergleichen waren nur bei 32 vorhanden; 27 Bauten waren nicht abgedeckt. (Hört, hört!) Die Baupolizei verlagert demnach in Groß-Berlin vollständig. Wir fordern, daß die Baukontrollreure sich nicht nur um die Unfallgefahr, sondern auch um die sanitären und hygienischen Zustände in den Neubauten usw. kümmern sollen. In dieser Richtung haben wir ebenfalls starke Mißstände festgestellt müssen. 43 von den 57 Bauten hatten keinen Verbandskasten; die Abortanlagen waren höchst mangelhaft. Selbst in der jetzigen kalten Jahreszeit sind die Bauten nicht verglast oder sonst geschützt. Berlin steht unter den rückständigsten, veraltetsten Baupolizeiverordnungen. Wir verstehen nicht, warum der Magistrat nicht

Baukontrollreure aus den Reihen der Bauarbeiter

bestellt, denen doch der Wohlfahrtsminister das beste Zeugnis ausgestellt hat. Wir halten deshalb an unserem Antrage vom 7. September fest, der die Bestellung von Baukontrollreuren aus dem Kreise der baugewerblichen Arbeiter fordert.

Bender (Dnat.) hielt ferner die bestehenden Baupolizeiar-schriften wie auch die Baukontrollbeamtenschaft für ausreichend und den Ausschußantrag für genügend; die besonderen Hoffnungen, die die Antragsteller auf die Kontrolltätigkeit der Bauarbeiter setzten, könne er als begründet nicht anerkennen.

Holzfaller (Komm.) rief den Bauarbeitern zu, statt bitend vorstellig zu werden, sich selbst Kontrollreure zu schaffen und die ganze Bau-tätigkeit unter ihre Kontrolle zu nehmen.

Beuter (Dem.): Nicht auf die Vergrößerung, sondern auf die gute Leistung des Kontrollapparates komme es an, und diesem Ziele strebe der Ausschußantrag zu.

Genosse Kemnik: Sehr oft sind Bauten bis zum Dach nicht kontrolliert worden. Nicht bloß für die Bauarbeiter, sondern auch für die Passanten muß obligatorisch für Schutzvorrichtungen gesorgt werden. Wir wollen mit unserem Antrag keineswegs eine neue baupolizeiliche Instanz schaffen.

Mit erheblicher Mehrheit wurden, da die Reihen auf der Rechten stark gelichtet waren, beide Anträge angenommen. Nach Erledigung einer Reihe von Vorlagen von minderer Bedeutung schloß die öffentliche Sitzung um 9 1/2 Uhr.

Prozeß Klante.

„Auf eine Million kommt es nicht an“.

Im Klante-Prozeß wurde gestern nachmittag der inzwischen erschienene Zeuge Dr. jur. Reichensbach vernommen. Er war der juristische Berater Klantes und gibt Aufschluß über seine Tätigkeit. Zunächst habe er Klante darauf aufmerksam gemacht, daß aus den Prospekten alle Merkmale des Betruges weggelassen müßten. Den Deuten müßte gesagt werden, daß sie bei einbreitenden Verlusten auch einmal nicht die volle Dividende ausgezahlt erhalten könnten. Auf Befragen des Vorsitzenden bestätigte der Zeuge, daß Klante ihm gesagt habe, er habe ja sein System und könne nicht verlieren. Trotzdem bestand der Zeuge darauf, daß eine Änderung in den Prospekten erfolge. Klante hatte mit kleinen Beträgen angefangen und hatte damit Weiterfolge gehabt. Jetzt war ihm die Sache über den Kopf gewachsen. Klante war ein gutmütiger Mensch, aber er war von einer Sorte Menschen umgeben, die ihn ausnutzten und beeinflussten und nicht aus der Hand ließen. Wo er auftrat, drängten sich die Leute an den berühmten Max Klante heran, der in Millionen schwamm. Klante selbst habe alle Ueberflucht verloren. Als dann der Zeuge einige Zahlen anführte und Klante es einmal berichtigte, bemerkte der Vorsitzende unter großer Heiterkeit: „Es kommt ja bei Klante nicht auf eine Million an.“ Der Vorsitzende hielt dem Zeugen dann im Laufe der Vernehmung zahlreiche Widersprüche in seiner Aussage vor. Die Verhandlung wurde schließlich auf heute vertagt.

Amerikanische Weihnachtsspenden.

Zwölfstausend Dollar (etwa 92 Millionen Mark) sind dem Reichspräsidenten Ebert wiederum zur Vinderung der deutschen Not aus der Weihnachtssammlung der „New Yorker Staats-Zeitung“ und der von ihr herausgegebenen Blätter überwiesen worden. Mit der Verteilung der Spende hat der Reichspräsident das Reichsarbeitsministerium beauftragt. Die New Yorker Sammlung hat bisher vierundzwanzigttausend Dollar für Deutschland er-gaben und da auch der Präsident der Republik Oesterreich einen größeren Dollarbetrug für die Vinderung der Not entgegen-genommen hat, beträgt das Ergebnis der Weihnachtssammlung bisher rund eine Viertelmilliarde Mark. Die Sammlung wird fort-gesetzt.

Ein früherer Angehöriger des Waisenhauses Rummelsburg namens Worbeltmann aus Hoboken in Amerika hat dem städtischen Waisenhaus Rummelsburg eine Stiftung von einer Million Mark zur freien Verfügung der Anstalts-leitung überwiesen. Worbeltmann hat aus amerikanischen Zeitungen von den schweren finanziellen Nöten der städtischen Anstalten erfahren und daraufhin die Summe bereitgestellt, in Erinnerung an die „schöne Zeit, die er früher dort verlebte hat“. Wie wir hören, soll das Geld für Weihnachtsspenden Verwendung finden.

Prof. Dr. Emanuel de Mornay Boruch hat im Namen des New Yorker Committee for the Relief of Distress in Germany and Austria dem Oberbürgermeister von Berlin den Betrag von einer Million Mark überwiesen, und zwar für die notleidenden Kinder der Stadt Berlin. Oberbürgermeister Böß hat den Betrag sofort seiner Verwendung zugeführt. Die Verteilung ist abgeschlossen.

Der Inhaber der Firma Barafeld u. Co. in New York, Konrad Semler, hat, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, 70 Millionen Mark für Bedürftige aller Stände in Deutschland gestiftet.

Die Flucht des Ingenieurs Franz.

Als Raubspiel zu dem Prozeß gegen den Ingenieur Franz kam vor der I. Strafkammer des Landgerichts III dessen Flucht aus dem Untersuchungsgefängnis zur Beurteilung. Angeklagt waren die Gefangenentransportreure Julius Bock und Wilhelm Czerczene wegen fahrflüchtiger Gefangenensbefreiung. Als sie Franz bei einer Ausflucht nach seiner Wohnung, wo er den Tag über an seiner Verteidigungsschrift arbeiten wollte, hatten entweichen lassen.

Den beiden Angeklagten war ausdrücklich eingeschärft worden, daß sie auf Franz, der mehrmals entwichen war, besondere Obacht geben müßten. Ingenieur Franz betandete als Zeuge,

Wiesen sumpfig und die Blumen haben Fieber. Ein dünner, fast unmerklicher Geruch nach erkaltetem Brand und noch etwas Unbekanntem schwimmt über allem. Ein feines Surren lebt überall wie eine unentwegte tiefe Grillenstimme. Die Nerven vibrieren süß und erregt, das Blut singt in den Schläfen, es klopf ungeduldig. Anselmus lehrt heim.

Das grelle Leben über der Erde macht ihn schwindlig; er sieht seinen Schatten im lodernen Staub des Weges, der Schatten taumelt, ein komisch betrunkenes Weggemoffe. Anselmus spricht mit seinem Schatten, er ruft ihm spaßhafte Dinge zu. Selbster nehmen sie ihren Weg, umtreiben die Stadt und kommen von Norden her am Seerand entlang.

Das Dorf schläft, Menschen sieht man nicht. Eine träch-tige Kaze schleppt ihren Leib um eine Ecke, er hängt so schwer und tief, daß seine Spur im Sand freiliegt. Ein nacktes Pferd jagt in der umzäunten Wiese, ein großes Tier, das sich geberdet wie ein Fohlen, kraules, junges Füll und tolle, komische Sprünge. Anselmus lacht. Einen Augenblick ist es ihm, als stünden alle Hütten schief, einsinkend in den Boden, der sonderbar erweicht unter den Füßen schaukelt. Das Surren hört er nun nicht mehr, er ist es gewohnt, aber er sieht die kleinen einfachen Heiz- und Strahlungsanlagen auf jedem Dach. Die Obstbäume sind gewachsen und lassen Früchte ins tiefe Gras fallen, es sind seltsam träge Bäume, mit schweren Zweigen, die willenlos hängen und sich die reife Frucht entgleiten lassen.

Aber als Anselmus seine Hütte fand, war die Linde vor der Türe verdorrt. Eine plötzliche und jähe Müdigkeit fiel über Anselmus her, er warf sich neben dem Brunnen hin, und einen Augenblick verschwand ihm alles wie verzaubert. Sein Herz tonzte im plötzlichen Ansturz der Freude und Sehnsucht, die Erwartung, Linde zu sehen, machte seine Hände zittern, wie er nie um Linde gezittert hatte. Dennoch sah er wie ge-bannt am Brunnenrand und starrte die Türe seines Hauses an. Seine Sehnsucht malte ihm Linde hin, er sah sie deutlich — und es war doch nicht Linde, nicht ihre sanfte Gestalt, nicht ihre Stille. Er öffnete die Hüttentür: die Hütte war leer.

Staub auf allen Dingen und Stummsein. Die Hütte war schlimmer als leer, sie sah gestorben aus. In der Stille war das Surren wieder zu hören, es drang vom Dach durch die Wände. Die Blumen am Fenster starren verdorrt und braun, der Herd war kalt und unwohnlich und trotzdem füllte Hitze den Raum.

(Fortsetzung folgt.)

Die Welt ohne Sünde.

Der Roman einer Minute von Vicki Baum.

Der Kopf, edig von Gedanken ausgebeutet. Die Wangen, gehöhlt und voll Falten. Die verdorrten angespannten Lippen, die ermüdeten Schultern. Die Zähne, über dem Schmerz der Wunden zusammengebissen. Die verstaubten, melken Hände. Den Arm, in dessen gedunsener Wunde heimlich die unerforschten Bazillen freisten. Er sah hin, und während das Gesicht sich lockerte und Börries wieder ganz plötzlich einschloß, fand er schon diese Züge leise und unheimlich anders geworden, überschattet von Zukünftigem. Ihm selbst drückten Gewichte gegen die Schläfen, und ein wunderlicher Hunger stand ihm auf, ein Unbefriedigtsein, ein Verlangen, er wußte nicht, wonach. Seine Finger zitterten schwach, als er die Isolierhandschuhe abstreifte; Morphinistenhände, diagnostizierte er, und zugleich auch erkannte er, was ihm fehlte. Noch einmal unter den Strahlen sein, noch einmal dieses leise Fieber haben, den schnellen Puls, das süße Vibrieren der Nerven.

Zehn Pulsschläge zuviel in jeder Minute, und keiner wird dann älter werden können als dreißig Jahre, blühte ein sehr heller Gedanke durch ihn und war sofort vergessen. Dann schlief auch er schon.

Als er aufwachte, war Nacht. Die elektrischen Lampen brannten im Laboratorium, und über den Tisch gebeugt sah Börries und türmte Formeln auf ein Papier. Leonhard sah ihm eine Weile schweigend zu, bis der Freund den Kopf hob und sagte: „Anselmus kommt zurück. Es soll ein großes Fest sein im Land, Hurra und Frackeln und Kränze im Freudenhaus, Tag und Nacht. Wir haben zu wenig Feste. Aber nun sollen sie kommen, die gelobten Tage. Morgen —“

„Morgen“, sagte Leonhard, „morgen, alles, was du willst. Heute müßt du ausruhen, das müßt du. Ich werde dir einen Spiegel zeigen müssen, brave Ruine.“

„Ausruhen? Ausruhen —“ sagte Börries, es klang sehnsüchtig über aller spöttischen Härte. Er verbarg seinen Blick. „Nein, mein Lieber: Arbeiten! Nicht ausruhen. Ich muß arbeiten, so schnell ich kann. Das Wichtigste ist noch nicht gefunden.“

„Was fehlt jetzt wieder zum Paradies, Börries? Hast du nicht eine Nacht voll Schlaf verdient?“

„Du hast vergessen. Ich vergesse es nicht. Die Brandreflektoren!“ kifferte Börries. „Ich darf nicht schlafen. Ich nicht. Nachher — bis ich eine Abwehr gegen die Reflektoren gefunden habe. Vorher nicht. Wir haben sie verkauft, und, Leonhard, glaub' mir: jede Nacht seither stehe ich droben im Turm und schau gegen die Grenze, ob sie uns nicht damit ins Land fallen. Immer ist mir, daß wir die ersten sein werden, die diesen Segen zu spüren bekommen. Mit der Gerechtigkeit ist nicht zu handeln.“

„Wenn nicht zu handeln ist: was quälst du dich? Daß es kommen, wie es geht. Uebrigens: was sollte unserem Land geschehen? Die Welt lacht ja nur über uns. Wir können ruhig schlafen gehen.“

„Später. Später. Es gilt jetzt nur, so viel Kohlenäure aus der Luft zu bekommen, daß man bedrohte Landstriche damit schützen kann, so daß sie unbrennbar sind. Ich habe einen Gedanken —“

Und Börries versinkt in seinen Formeln, rastlos und geht von einer Erfindung zur anderen.

Die Fabrik stampft, dröhnt, schwingt Räder, stößt Kolben, kreischt mit der Stimme des Eisens, steht weißglühend am Stadtrand, die ganze Nacht. Die Bazillen drehen sich auf der Platte und in Börries' Blut wie kleine Westen. In der Dunkelkammer surren die Strahlen und zwingen Zelle auf Zelle üppig wachsend aus dem Nichts. Die Antennen ragen auf und fressen Kräfte aus dem Himmel.

Ueber den Klosterberg geht fern ein Gewitter nieder.

3. Der Zerfall

Rausch. Eine gelbe Sonne tanzt den Himmel entlang. Ein Mensch taumelt klein unter ihrer Blut über die Straße zwischen den Fehern. Er singt mit einer lächerlichen, rauhen Stimme, die nie gelungen hat. Er schreit auch. Er bleibt manchmal stehen, atmet, er schluckt die Luft, und sie macht ihn betrunken wie Wein. Er schaut die Sonne an, bis eine Million von wunderbarsten Ornamenten in seinen Augen freispielt, blau, rot und in Farben, die es auf der Welt nicht gibt.

Der Mensch war lang in der Nacht im Bergwerk, und nun geht er heim.

Die Felder stehen hoch im Halm und tragen üppige Frucht. Am Wegrand blühen ungetannte Blumen mit großen Kelchen. Auf den Wiesen steht das Gras dunkel und hoch, es sieht aus, als wäre es Schilf, es sieht aus, als wären die

daß er einige Tage vor der Ausführung schon selbst beschlossen hatte, sich das Recht auf Freiheit zu nehmen, nachdem ihm seine wiederholten Anträge auf Stellung einer Schreibmaschine im Gefängnis abgelehnt worden waren. Durch seine Armerlegung habe er ohne Schreibmaschine seine Verteidigungsschrift nicht anders herstellen können. In der Wohnung habe er den Tag über gearbeitet und die Aufseher hätten ihn ständig beobachtet. Nach seinem 33tägigen Hungerstreik habe er ein Magen- und Darmleiden zurückbehalten und häufig hinausgehen müssen. Auch da hätten ihn die Aufseher immer beobachtet. Gegen 6 Uhr drängten die Transportleute zur Rückkehr ins Gefängnis. Er habe sie aufgefordert, jetzt noch mit ihm zu Abend zu essen. Es sei dabei aber nur Tee gerunken worden. „Herr Staatsanwalt“, so betonte der Zeuge Franz, „der Tee hatte aber keinen bitteren Geschmack, es waren kein Alkohol und keine narkotischen Mittel darin.“ Er sei dann während des Essens auch wieder ausgezogen, habe im Korridor seinen Mantel und die für die Rückkehr ins Gefängnis gepackte Tasche genommen und sei über einen Balkon, ohne daß die Aufseher es bemerken konnten, durch ein Durchgangszimmer weggegangen. Das Gericht verurteilte die beiden Angeklagten zu je drei Monaten Gefängnis, setzte aber die Strafe aus, für den Fall, daß die Angeklagten eine Buße von je 3000 M. zahlen.

Der Tod des Lehrlings.

Kein Verbrechen, sondern Selbstmord.

Die Obduktion der Leiche des in der Nacht zum vorigen Donnerstag auf den Bahngleisen der Strecke Hermsdorf-Wittenau gefundenen Schuhmacherehrlings Max Mann, die von dem Gerichtsarzt Prof. Dr. Strauch vorgenommen wurde, hat ergeben, daß der junge Mann die tödlichen Verwundungen unmittelbar an der Stelle, wo sein lebloses Körper gefunden wurde, erhalten hat. Dies läßt nach Ansicht des die Untersuchung führenden Kriminalkommissars Galzow darauf schließen, daß der Lehrling nicht einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, sondern durch Selbstmord gemordet hat. Die 4000 M., die er bei sich hatte und die als Anzahlung für einen Kohlenkauf dienen sollten, sind ihm offenbar von der ihn begleitenden Frau, die die Kohlen angeboten hatte, abgeschwindelt worden, und aus Verzweiflung hierüber hat der junge Mann seinem Leben ein Ende gemacht. Darauf läßt auch ein Zettel schließen, der bei der Leiche gefunden wurde und auf dem er angibt, er möchte sich die 4000 M. wohl verdienen, aber es gehe nicht. Der junge Mann hat im übrigen auch eine Eisenbahnfahrkarte bei sich gehabt.

Die neuen 1000-Mark-Scheine.

Ben den Reichsbanknoten zu 1000 M. mit dem Datum vom 15. September 1922 wird demnächst eine 6., 7. und 8. Serie ausgeben werden. Die neuen Serien haben folgende besonderen Merkmale: Das Papier der 6. Serie ist weiß. Das Wasser-

Das Jorgubing mutter Gänsefresser

14. Dezember.

Mein Geld schmilzt jetzt so schnell zusammen, daß ich bald nicht mehr weiß, wie das werden soll. Also darf nur das Billigste zum Mittagessen gekauft werden. Kartoffel und Hering gab es heute, dazu Hasermehlsuppe. Dazu wurden gekauft:

1/2 Liter Milch	142,50 M.
1 Brot	288, —
2 Heringe	140, —
1 Pfund Margarine	1200, —
	1768,50 M.
Schulhefte	200, —
	zusammen 1968,50 M.

Der Max und Hermann brauchten zu allem Elend auch noch Hefte. Was bleibt mir anderes übrig, als in den sauren Apfel zu beißen und wieder 200 M. hinzulegen. Früher habe ich 18 oder 20 Pf. dafür gegeben. Heute bezahle ich 50 M. für ein Heft. Man freut sich, daß die Kinder gut lernen; aber mir graut schon vor der Verlegung, wenn es heißt neue Bücher kaufen. Was auch so alles für Ausgaben unvorhergesehen kommen, an die man so gar nicht denkt. Nun soll man auch zu Weihnachten alles heranschaffen. Bloß davon — ich rechne und rechne. Essen und Trinken geht doch nun mal vor. Mein Mann sagte doch auch, er glaube bestimmt eine Nachzahlung zu bekommen. Ich wollte mir gern Mehl und Sirup besorgen, um Pfefferkuchen zu backen, aber im Augenblick ist ja gar nicht daran zu denken. Wir möchten doch auch den Kindern etwas Pfefferkuchen aufbauen. Die fertigen Pakete kann ich nicht kaufen, das ist ausgeschlossen.

Zeichen des Papiers wird aus hellen Linien gebildet, die ein regelmäßig wiederkehrendes Muster in Form eines Gitterwerks mit einer arabischen Acht als Mittelpunkt darstellen. Die Nummer ist in blau-grüner Farbe gedruckt. Bei der 7. Serie ist das Papier gleichfalls weiß. Das Wasserzeichen besteht zum Teil aus hellen, zum Teil aus dunklen Linien. Die hellen Linien bilden in Abständen von etwa 1,3 Zentimeter aneinandergereihte, durch zwei Parallelen miteinander verbundene Figuren in Form einer arabischen Acht. Zwischen den Figurenreihen verlaufen in gleicher Richtung paarweise die dunklen, zickzackförmigen Linien; zwischen diesen erscheinen die hellen Buchstaben E K A H A mit einem Stern dahinter in fortlaufender Folge. Die Nummer ist in roter Farbe gedruckt. Bei der 8. Serie ist das Papier hellblau. Das Wasserzeichen ist hell

und besteht aus nebeneinanderlaufenden Schlangenlinien mit paarweise einander gegenüberstehenden Windungen. Die Nummer ist in roter Farbe gedruckt.

Freigabe von Kohlenartenabschnitten. Das Kohlenamt teilt mit: Vom 18. Dezember wird der Abschnitt 18 der 10-70-Zentner-Kohlenarte zur Belieferung freigegeben. Dieser Abschnitt ist nur einfach zu beliefern. Ab 31. Dezember 1922 verfällt Abschnitt 15 der 5-70-Zentner-Kohlenarte.

Tunnelbau zwischen Reichsschuldenverwaltung und Reichsbruderei. Wegen eines Tunnelbaus zwischen dem Neubau der Reichsschuldenverwaltung und der Reichsbruderei ist die Dranienstraße zwischen Linden- und Alte Jakobstraße auf die Dauer von sechs Wochen gesperrt worden.

Zu dem dreifachen Diebstahl im Kaiser-Friedrich-Museum wird mitgeteilt, daß bei dem Diebstahl ohne Zweifel mehrere Personen beteiligt gewesen sind, von denen einige die Aufseher beobachtet und den Dieb gedeckt haben müssen. Für die Ergreifung der Diebe und die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes setzt das Kaiser-Friedrich-Museum eine hohe Belohnung aus.

Kommunalpolitiker sichern sich prompte Zustellung der von Januar ab statt der „Kommunalen Praxis“ und „Sozialistischen Gemeinde“ im Vorwärts-Verlage, Berlin SW. 68, erscheinenden „Gemeindepolitik“ durch rechtzeitige Bestellung dieser neuen Monatschrift bei ihrem Postamt. Von den bisherigen Abonnenten der „Kommunalen Praxis“ und „Sozialistischen Gemeinde“ haben nur diejenigen, welche ihre Abonnements bisher direkt beim Postamt oder Briefträger selbst bezahlten, nunmehr das Abonnement auf die „Gemeindepolitik“ bei denselben Stellen zu beantragen, die sonstigen bisherigen Abonnenten der „Kommunalen Praxis“ und „Sozialistischen Gemeinde“ erhalten die neue Zeitschrift „Gemeindepolitik“ ohne weiteres anstatt der früheren Zeitschriften zugestellt.

Proletarische Feiertunden. Am 26. Dezember, vormittags 11 Uhr, findet im Großen Schauspielhaus eine Weihnachtsfeier Stunde statt. Der Berliner Volkschor und das verstärkte Bläser-Orchester unter Leitung von Dr. Rander bringen das Chorwerk „Prometheus“ zum Vortrag. Der Sprech-Chor für die proletarischen Feiertunden spricht ein Chorwerk aus Versen von Goethe. Eintrittskarten zum Preis von 70 M. in folgenden Verkaufsstellen: Bureau der Arbeiterbildungsschule, Lindenstr. 2, Buchhandlung „Freiheit“, Urbanstr. 7 und in den bekannten Verkaufsstellen.

Straßenumbenennungen — in Pirna. Der Pirnaer Königspfad wird in Zukunft Dohnaer Pfad und die Kaiser-Wilhelm-Straße Reichsstraße genannt werden. In Berlin aber warten wir seit Jahren darauf, daß die einfachsten und selbstverständlichsten Straßenumbenennungen erfolgen. Die Anträge auf Benennung zweier Straßen nach Erzberger und Rathenau, wie auf Umbenennung des Königspfad in Pfad der Republik warten seit Monaten der Erledigung im Stadtparlament.

100 PUHONNY



BATSCHARI bringt
handgemachte **CIGARETTEN**
in höchster Vollendung.

Bekleidungswerkstätte der Berliner Gewerkschaften

G. m. b. H.

Zum **Weihnachtsfest vorteilhafte Angebote**

in

**Herren-, Damen- u. Kinder-Bekleidung
Schuhwaren * Trikotagen
Wäsche**

Am Sonntag, den 17. Dezember, sind unsere sämtlichen Filialen von 1 bis 5 Uhr geöffnet.

Bitte genau auf unsere Verkaufsstellen zu achten!!!

1. Zimmerstraße 68

2. Kottbuser Damm 88/89

3. Sebastianstraße 37/38

4. Engelufer 30

5. Jablonskistraße 8

6. Schönhauser Allee 173 Eingang
Schwedter Str.

7. Köpenick, Kaiser-Wilhelm-Str. 101

8. Friedrichshagen, Friedrichstr. 51

9. Wildau, Schwartzkopff-Werke

Ohne Verbandsbuch keine Ware!

Wirtschaft

Umsatzsteuer und Genossenschaften.

Der Großhandel setzt seine Forderung gegen die teilweise Befreiung der Genossenschaften fort, indem er eine Rundgebung verbreitet. Diese enthält die von vornherein irreführende Bemerkung, der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats habe einen Beschlus gefasst, wonach die Genossenschaften von der Umsatzsteuer freigestellt sind.

Das ist nicht zutreffend. Denn lediglich die Doppelbesteuerung der durch Genossenschaften erzielten Umsätze soll vermieden werden. Die Rundgebung fährt fort:

„Da auch dem Deutschen Reichstag ein ähnlicher Antrag zur Beschlussfassung vorliegt, steht der Vorstand des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels sich veranlaßt, auf die außerordentlichen Gefahren hinzuweisen, die die Annahme eines solchen Antrages für den gesamten deutschen Handel zur Folge haben muß. Eine Freistellung der Genossenschaften müßte zwingend den gesamten deutschen Handel zwingen, für sämtliche Warengruppen, die einer genossenschaftlichen Bewirtschaftung unterliegen, und so steuerrechtlich bevorzugt würden, eine entsprechende Befreiung von der Umsatzsteuer durchzusetzen, um nicht im Wege der Steuererhebung sich Konkurrenzunfähigkeit machen zu lassen. Ferner würden die Verbände des gesamten Handels sich vor die Entscheidung gestellt sehen, entweder ihre Mitglieder genossenschaftlichen Organisationen anzuschließen, oder sie zur selbständigen Gründung von Genossenschaften zu veranlassen.“

Das Verlangen, den Handel bei der Umsatzsteuer wie die Genossenschaften zu behandeln, ist natürlich ungerechtfertigt. Beim Handel ist jeder Umsatz Geschäftsumsatz, er erfolgt in der Absicht der Gewinnerzielung. Die Genossenschaften oder verfolgen mit der Unterverteilung der für ihre Genossen und mit deren Geld eingekauften Waren kein Gewinnstreben bei dieser Unterverteilung wirkt die Umsatzsteuer als eine überflüssige Härte, die schleunigst beseitigt werden muß.

Wenn aber der Handel seine Mitglieder veranlassen will, sich genossenschaftlich zu organisieren, so wird die Verbraucherschaft darüber nicht gerade entsetzt sein. Der Organisationszwang würde sehr bald dazu führen, daß man auch im Handel mehr als bisher die geschäftstüchtigen und oft recht zweifelhaften Mittläufer,

die man gemeinhin Schieber nennt und die mit dem ehrlichen Handel nichts zu tun haben, aus diesem Berufsstand ausschleibt.

Einführung der Konzeptionspflicht für Handel mit Altmetall. Wie die T. L. erfährt, ist im Reichswirtschaftsministerium ein Gesetzentwurf in Ausarbeitung, wonach der Handel mit Altmetallen, insbesondere auch mit Edelmetallen einer Konzeptionspflicht unterliegen soll. Das Reichswirtschaftsministerium hofft auf diese Weise den umfangreichen Schieberungen der privaten Gold- und Juwelen-Antiquarstellen entgegenzutreten zu können.

Stadt- und Bezirksverordnete Magistrats- sowie Bezirksamtsmitglieder

Zusammenkunft heute, Freitag, den 15. Dez., abends 6 Uhr, im Berliner Rathaus (Plenarsitzungsaal), Eingang Königsstr.

Tagesordnung:

1. Die neue Städte- und Landgemeindeordnung. - 2. Diskussion.

Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Paul Hirsch.

Wir ersuchen, vollständig anwesend zu sein. Auch die Mitglieder des Bezirksvorstandes sind hierzu eingeladen. Ebenso haben auch Zutritt die Gemeindevertreter in der Umgegend von Groß-Berlin. Der Bezirksvorstand.

Hypothekenzinssätze und Geldentwertung. Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt zu den Pressenotizen über eine angeblich bevorstehende Erhöhung der Hypothekenzinssätze: Von außenstehender interessierter Seite sind an die Staatsregierung Anregungen gelangt betreffs annähernder Anpassung der Hypothekenzinssätze an die Geldentwertung. Diese Anregungen sind in einer Verhandlung der beteiligten Stellen besprochen worden und unterliegen gegenwärtig noch der Prüfung. Eine Formulierung in der Form eines Gesetzentwurfs haben sie bisher noch nicht gefunden.

Das Goldzollgeld beträgt vom 20. bis einschließlich 25. 12. 1923 189900 vom Hundert.

Der Umbau der Wirtschaftsverfassung. Im Verfassungsausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats ist nach der T. L. bei der

Beratung über den Umbau des späteren einseitigen Wirtschaftspräsidenten eine Einigung zwischen Arbeitgeberern und Arbeitnehmern erzielt worden. Es handelt sich um das Gutachten über den reichsrechtlichen Umbau der Handels- und Handwerkskammern. Danach bleiben die Handels- und Handwerkskammern in ihrer bisherigen Zusammenfassung als selbständige Organe bestehen, neben sie treten aber Vertretungen der Arbeitnehmer aus den kammerpflichtigen Betrieben. Ein Antrag, die bei den Handwerkskammern schon bestehenden Geklemtauschüsse auszubauen, wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt mit der Begründung, daß diese Ausschüsse sich auf bestimmte Arbeitnehmerkategorien beschränken. Ueber beiden Organen soll im Bereich jeder Handels- und Handwerkskammer ein paritätisches Gemeinschaftsorgan errichtet werden. Selbständige Anträge der Handels-, bzw. Handwerkskammer oder der Arbeitnehmervertretung in wirtschaftlichen oder sozialen Angelegenheiten an Behörden müssen der anderen Vertretung regelmäßig vor oder in Ausnahmefällen gleichzeitig mit der Abfassung mitgeteilt werden. Auf Antrag der Konsumvereinsvertreter wurde beschlossen, daß Konsumgenossenschaften, die ihre Warenverteilung auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränken, nicht Mitglieder der Industrie- und Handelskammern oder der Handwerks- und Gewerbetammern zu sein brauchen.

Betriebsverweiterungen bis zum Ueberfluß. Wenn die Löhne niedrig gehalten und die Profite erhöht werden, so ziehen die Kapitalisten immer das Argument heran: Die Profite sind für die Kapitalanhäufung (akkumulation) unbedingt nötig, damit diese zur Erweiterung des Produktionsapparates (Einrichtung neuer Betriebe usw.) bereitgestellt werden können. Der englische Schriftsteller H. Hobson entwickelt in seinem neuen Buch über die Arbeitslosigkeit die Gefahren der Ueberproduktion: wenn nämlich die Erzeugung über die der vorhandenen Kaufkraft entsprechende Verbrauchsmöglichkeit hinauswächst. Weniger zu verbrauchen und mehr zu sparen ist nicht unbedingt eine wünschenswerte Sache. Die jüngst erschienene Statistik über die Stahlproduktion der Welt bekräftigt diese Sätze. Es stellt sich heraus, daß in diesem Industriezweig die Leistungsfähigkeit der Betriebe die Abnahmmöglichkeit bereits lange übertrifft hat. Das muß aber zur fortwährenden Wiederholung der Krisen führen.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurztabelle sind noch folgende amtlichen Notierungen nachzutragen: 100 österr. Kronen abgest. 10,35 Geld, 10,25 Brief; 1 ungarische Krone 3,24 Geld, 3,20 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 86,75 Geld, 86,25 Brief. 100 Polenmark galten im freien Verkehr etwa 43,50 B.



Massary Delff
edel wie der Name
Überall herzlich willkommen!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Ulenstraße 83/85.
Geschäftszeit norm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telefon: Amt Norden 823, 824, 825, 826.
Sonntag, 17. Dezbr., vorm. 9, 10, 11 Uhr.
in Altema Festhölle, Holtenelbe:
Branchenversammlung
der Rohleger, Helfer und Bau-
klemmer.
Die Tagesordnung wird in der
Beratung bekanntgegeben.
Die Vertrauensleute und Kommissions-
mitglieder treffen sich um 8 1/2 Uhr im
selben Lokal.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Bäckerei des 14. Bezirks
befindet sich vom 18. Dezember
nicht mehr Cidenburger Str. 19,
sondern Wicelstraße 6, im
Haus der Erwerbslosenfürsorge.
136/10 Die Osterverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Bezirksverein Berlin
Achtung! Achtung!
Am Sonntag, den 17. Dezember,
vormittags 9-11 Uhr, findet in den
bekanntesten Abstimmlökalen über das
getätigte Lohnabkommen eine
Urabstimmung statt.
Wir ersuchen alle Mitglieder des
Deutschen Bauarbeiter-Verbandes,
sich an der Abstimmung zu beteiligen.
Wer mit seinen Beiträgen länger als sechs
Wochen im Rückstand ist, wird nicht an-
gelassen.
140/8
Der Bezirksvorstand.

Trauringe
billiger
Dukal.-Gold 900 gest.
von 6500,- M. an
333-505 in reicher Auswahl.
Namen und Ehrensamst
Apparate, moderne Ehringe
Trauringfabr. Alb. Thal & Co.
1. Geschäft: C. 19, Seydelstraße 5 (Spittelmarkt)
2. Geschäft: Charlottenburg, Bismarckstraße 76
(Untergrundbahn Sophie-Charlotte-Platz)

Kapitän-Kautabak
ist im Geschmack unübertroffen;
in Glasverpackungen erhältlich.
C. Röcker, Berlin, Lichtensberger Str. 22 (Tel. 3881)

Geldschrank
zu kaufen gesucht
Angebote unter H. 53 an die
Hauptexpedition d. „Vorwärts“

MARGRAF & Co.
Juweliere
Berlin, Unter den Linden 21
Kanonierstr. 9 Tauentzienstr. 18a
Juwelen * Perlen
Reichhaltiges Silberlager
Besondere Ankaufs-Abteilung

Möbelfabrik Rob. Seelisch
Berlin O 112, Rignar Str. 71-73 a, 5 Min. vom Hbf. Frankfurter Allee
empfehlen zu bekannt billigen Preisen bei solider Ausführung.
Gegründet 1876
Komplette
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
einfachen und
besseren Genres
Küchen farbig und naturfarben
in allen Preislagen

100 000 Block Metall
Wachseife
zahl Tagespreise für
Kupfer, Messing,
Blei, Zink etc.
Für
200 Mark
ersch. die bei H. H. H. H.
Gardinen, Stores,
Bettwäsche, Bett-
decken, Gabel-
löffel, Besteck,
Teppiche, Kissen,
Polster etc.

Erfolg
haben Inserate im
Vorwärts
PATENTE
Dr. Bogdan, Sachb.
4 Traub.-Vereln berl.
10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Gardinen
Besonders vorteilhafte Weihnachts-Angebote
Künstliger Gardinen, Riesenwahl, von 4500,- M. an
Halbstores, Etamin, Erbstül, engl. Tüll, von 3200,- M. an
Meterware, feinste Qual., alle Breiten, von 700,- M. an
Bettdecken in jed. Preislage bis zum elegantesten Prachtstück
Zur Beachtung! Die Preise steigen unaufhaltsam. Sichern
Sie sich daher sofort Ihren Bedarf durch Anzahlung.
Nach heute kaufen Sie die Mehrzahl unserer Artikel
weit unter heutigem Gestehtungspreis
Sonntag, den 17. Dezember, von 1-5 Uhr geöffnet
Gardinenhaus Hugo Roick, Sebastianstraße 24
Kein Laden, zweite Etage. Nahe Moritzplatz und Spittelmarkt

Fellankauf!
Damenstraße 13
Möbel
noch billig
gegen bar u.
Teilzahlung
Bürgerliche
Wohnsinnliche
Wohn-, Schlafzim.,
Speise-, Herrenzimm.
in groß. Auswahl
inst. Weihnachtsgech.
Einzeln Möbel,
farbige Küchen,
Kleiderarmaturen,
Gardinen u. Dekor-
ationsgegenst.
M. Beiser
Lothringer Str. 67

Achtung! Wir zahlen Riesenpreise! Achtung!
für
Gold-Silber-Platin
Bruch Ketten Ringe Barren
Sachen Bestecke Bruch Barren
Brennstoffe Tiegell Kontakte Rubel
Wir kaufen ferner zu Liebhaberpreisen alte Münzen.
Brillanten für prima große Steine zahlen wir fürchterlich hohe Preise bis 250 000
Herrenuhren und mehr.
Wir suchen dringend alte **Zahngelisse** auch zerbrochene, für ganze Gebisse zahlen wir bis **250 000 M.,**
für einzelne Zähne 500,-, 800,- bis 20 000,- M.
Kommen Sie vertrauensvoll zu uns, der weiteste Weg lohnt sich.
Herrmann & Co. b. H., Wilhelmsir. 39 Ecke Kochstraße nahe Potsd. Bf.
Streng reelle christliche Bedienung

Kleide Dich billig, elegant! im Leihhaus Moritzplatz 58a
Gehpelze, Sportpelze, Schlüpfier
Cotaways, Jackett-Anzüge, Damen-Kostüme, -Mäntel, Wäsche, Teppiche, Gardinen, wärm. billige Pelzwaren: Kreuzfische, Zobelische, Braun-, Silberfische, Skunks, Wörn, Luchse, Pelzmäntel. - Keine Lombardwaren.

